

# Der Grundstein

Öffizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Umschlag),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigehaltene Zeitzeile oder deren Raum 30.-

## An die Verbandsmitglieder!

### Kollegen!

Noch einmal richten wir die dringende Mahnung an euch, die vom Verbandstag beschlossene und in den voraufgegangenen Nummern des „Grundstein“ ausgeschriebene Agitation in ernsthafter und gründlichster Weise auszuführen respektive zu unterstützen.

Das gilt sowohl von der Flugblattverbreitung und der damit verbundenen Hausagitation als auch von den Versammlungen.

Die Hausagitation wird sich natürlich vornehmlich auf die unorganisierten Berufskollegen erstrecken; denn diese wollen wir für den Verband neu- beziehungsweise zurückgewinnen. Sie darf sich aber nicht allein auf sie beschränken. In jedem Zweigverein, ja, wohl in jedem Orte haben wir mit Kollegen zu rechnen, die zwar Mitglieder unserer Organisation sind, die ihr jedoch nur mit halbem Herzen angehören; die unter dem Zwange der Verhältnisse zu uns kamen, und die nun, wo ihnen bei den verschlechterten Erwerbsverhältnissen die zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft erforderlichen Opfer schwerer fallen, geneigt sind, dem Verband den Rücken zu kehren. Sie tun das gewöhnlich nicht unvermittelt und plötzlich, sondern zählen zunächst einige Wochen keine Beiträge, lassen die Beitragschuld recht hoch auflaufen und erklären dann unter dem Vorwand, daß es ihnen nicht möglich sei, diese Schuld zu bezahlen, den Austritt. Das sind die Lässigen und Kurzsichtigen. Auch an diese Kollegen muß sich unsere Hausagitation wenden.

Ihnen wie den Unorganisierten muß klar gemacht werden, daß sie in ihrem eigenen Interesse recht töricht handeln, wenn sie gerade jetzt der Organisation abträumig werden oder sich ihr nicht anschließen. Gerade jetzt, wo sich die Arbeitsgelegenheit verringert, wo ein großes Überangebot an Arbeitskräften vorhanden ist, wo der Unternehmer also reichliche Auswahl hat, gerade jetzt haben die Kollegen den Schutz und Schirm der Organisation nötig.

Denn: Der Unternehmer Hochmut steigt,  
Sobald das Volk sich knechtisch zeigt!

Diese Mahnung muß nicht allein bei der Hausagitation, sondern auch auf der Arbeitsstelle an die Kollegen ergehen. Der mit der Unternehmerorganisation abgeschlossene Vertrag läßt die Agitation auf den Baustellen, soweit sie in den Pausen betrieben wird, zu. Wir haben keine Ursache, dies Recht dort unbemüht zu lassen, wo wir mit der Benützung nach Lage der Sache Vorteile für die Organisation erzielen können.

Man denke aber nun nicht, daß diese jetzt allgemein eingeleitete Agitation in den nächsten paar Wochen beendet sein muß. Gewiß wird sie da am lebhaftesten sein; aber sie muß

auch weiter betrieben werden, solange es noch nötig ist. Das wird besonders für die Hausagitation gelten, die, wenn sie erfolgreich sein soll, durchaus keine sogenannte „große Aktion“ sein darf, wo man glaubt, alles im Sturme erobern zu müssen. Nein, sie muß nachhaltig und zäh und in jedem einzelnen Falle mit Sorgfalt betrieben werden. Nicht einem schnell vorüberrauschenden Gewittersturm, nach dem die Erde so hart ist wie vorher, sondern einem ruhigen Dauerregen, der überallhin Fruchtbarkeit bringt, gleiche unsere Agitation. So betrieben, hat sie uns Riesenerfolge gebracht, und auch diesmal wird sich unsere Mühe lohnen.

Daneben werbe man kräftigst für unsere Versammlungen.

Wir haben in der vorigen Nummer des „Grundstein“ auseinandergesetzt, welchem Zwecke sie dienen sollen. Sie sollen über die gegenwärtige Wirtschaftsperiode und deren Wirkungen auf die Arbeiterklasse aufklären; denn

### Erkenntnis der Wahrheit führt zur Organisation.

Das ist überall, für die ganze Arbeiterklasse so. Aber doppelt zutreffend ist es für die Arbeiter des Baugewerbes. Für uns liegen die zwingenden Gründe für die Organisation nicht allein in der Gegenwart, sondern auch, und in nicht weniger erheblichem Maße, in der Zukunft. Die Entwicklung der Arbeitskämpfe ist in unserem Gewerbe mit schnellen Schritten dem Punkte zugeeilt, wo es sich nur noch um Auseinandersetzungen großen Stils handelt. Damit ist aber auch die Wirkung der mangelsartigen Organisation anders geworden. Während früher die Indifferenz der Kollegen nur den Ort zurückhielt und schädigte, wo diese Kollegen eben ihren Sitz hatten, beeinflußt sie in Zukunft die Gesamtheit des Kampfgebietes. Das ist der Grund, der uns vorwärts peitschen muß zur größten agitatorischen Kraftentfaltung; denn die Entscheidung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1910 fällt nicht erst in den dann stattfindenden Verhandlungen — die haben die Massen der kämpfenden Parteien schon vorher gefällt. Je mehr Macht die Organisationen, in die Wagschale werfen können, je größer, je stärker, je kämpflicher sie sind, um so mehr werden sie vom Gegner erlangen können.

Was wir jetzt in der Agitation für die Stärkung des Verbandes tun, das kommt uns in den künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gute.

Darum, heran zur Agitation! Hinein in die Versammlungen, damit sie herrliche Kundgebungen des echten gewerkschaftlichen Geistes werden!

## Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage,

IV.

(Satz.)

Wie China, so ist auch Indien, das gewaltige Kolonialgebiet Großbritanniens, von einem neuen Geiste ergriffen, von dem Geiste, der mit zwingender Kraft hinführt zu moderner Kultur, aber zugleich auch zu dem Streben, die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft alterer Kulturmächte zu brechen, als selbstständiges und unabhängiges Volkstum in die Reihe der Staaten moderner Kultur einzutreten. Es ist nach allem, was wir in den letzten Jahren über die Stimmung und die Bewegung in jenem Lande erfahren haben, mit Sicherheit anzunehmen, daß die Indianer sich die englische Herrschaft nicht mehr lange werden gefallen lassen, daß sie schließlich dem Zeitpunkt entgegenheuen, wo es ihnen möglich erscheint, das Joch dieser Herrschaft abzuschütteln. Auch dort entsteht die „nationale Frage“ im modernen Sinne, unter dem unwiderrücklichen Antrieb der modernen Kultur und der modernen Anschauungen über Volksrechte und Volksinteressen. Das Volk Indiens wird beweisen, daß es „natürgemäß“ auch nicht auf die Dauer dazu verurteilt ist, auf die selbstständige, freie Entwicklung zu verzichten.

Auch von der Türkei hat man ja seither, gleichwie von China, angenommen, daß dieser Staat der Regierung nicht fähig sei und deshalb ein Spielball der Diplomatie der europäischen Großmächte bleiben müsse. Nun aber erleben wir, daß auch in diesem Lande mit elementarer Wucht der Geist sich erhebt, der diese Ansicht drastisch verneint. Unsere Leser werden aus der Tagespresse darüber unterrichtet sein, daß die Türkei — nach der Ansicht vieler Leute ganz plötzlich — den Weg zur politischen Reform, zur Verfassungsreform, beschritten hat, ein Ereignis, das sich vornehmlich aus dem Bedürfnis nach Modernisierung der wirtschaftlichen Einrichtungen und Verhältnisse erklärt.

Genau betrachtet, ist auch in der Marokkofrage dieses Bedürfnis ein erheblich mitbestimmender Faktor. Der dorthin Thronstreit ist im Grunde nichts anderes, als der Kampf des Geistes moderner Kultur gegen den Geist kultureller Rückständigkeit.

Auch in Marokko hat sich scheinbar schlafendes nationales Leben als wachend erwiesen, und der Zug dieses nationalen Wesens geht dahin, dem Eindringen moderner Kultur nicht fernher hinfanatisch Widerstand zu leisten. Zu diesem Standpunkt bekennt sich der siegreiche und vom Volke als neuer Herrscher anerkannte Mulay Hafsi; ob er es ernst meint, wird sich freilich erst zeigen müssen. jedenfalls ist er bereit, den europäischen Kulturmächten bedeutende wirtschaftliche und politische Konzessionen zu machen.

So entwickeln sich mit elementarer Macht die Dinge im Orient, gewaltige Enttäuschungen und Überraschungen bringend für diejenigen, die seither geglaubt haben, dieser Teil der Erde sei so regenerationsunfähig, daß er der alten Kulturwelt als Erbe zufallen müsse.

Wir haben gesehen, daß die über diese Kulturwelt herrschenden Faktoren an die Spitze aller Zeitanlagen bringend für diejenigen, die seither geglaubt haben, dieser Teil der Erde sei so regenerationsunfähig, daß er der alten Kulturwelt als Erbe zufallen müsse.

Wir haben gesehen, daß die über diese Kulturwelt herrschenden Faktoren an die Spitze aller Zeitanlagen bringend für diejenigen, die seither geglaubt haben, dieser Teil der Erde sei so regenerationsunfähig, daß er der alten Kulturwelt als Erbe zufallen müsse.

Dazu möchten wir bemerken, daß England allerdings seit zwei Jahrhunderten das Beispiel gegeben hat, wie man sich in rücksichtlosester Weise, ohne Angst und Trug und brutale Gewalt zu scheuen, zum Besitzer oder Oberherrn fremder Gebiete macht. Über dieses Beispiel an sich ist es nicht, aber wenigstens nicht allein, was die anderen Großmächte veranlaßt hat, auch zuzugreifen; die Ursache dieses Zugreifens liegt in ganz dem gleichen Interesse, wie sie für Englands Weltmachtpolitik maßgebend gewesen sind und noch sind: in dem eigenen Expansionsbedürfnis dieser Mächte.

Es kommen, wie sich aus unseren Ausführungen ergibt, neben England vornehmlich in Betracht: Russland, Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche letztere aus der europäischen Kultur erwachsen sind. Die Neue Welt hat nur diese eine welterxpansive Großmacht. Für Asien kommt zunächst lediglich Japan in Betracht, daß der europäischen Kultur bereits sich zugewendet hat, und dessen historischer Beruf es ganz ohne Zweifel ist, bahnbrechend und bestimmt für die Umgestaltung der Verhältnisse in Asien zu wirken. Afrika hat gar keine welterxpansive Macht; dieses Land und Asien sind die

ungeheuren Gebiete, wohin die Expansion geht. Jede der Großmächte legt alles daran, ihr Herrschaftsgebiet, ihre Produktionsbereiche, ihren Absatzmarkt über die ganze Erde auszudehnen. Es sind Meinungen laut geworden, die dahingehen, daß die Verwicklungen, die gegenwärtig die Erde — eben einzigen Erdteil, ausgenommen — zum Kriegsschauplatz verwandeln können, streng genommen nur von Englands, Russlands und Deutschlands Weltmachtpolitik hervorgerufen werden, während Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika daran mehr in „passiver“ Weise beteiligt erscheinen. Die Erfahrung rechtfertigt diese Ansicht nicht. Das allerdings unterliegt keinem Zweifel, daß die Bestimmung über das Schicksal der Welt zunächst bei England, Russland und Deutschland liegt. Wir haben es zu tun mit einer von Europa ausgehenden Weltmarktkonkurrenz auf Tod und Leben, die, unter beispiellosem Kraftanstrengung sich vollziehend, die Redensart von der Ein- für die siechelnden und vom „alternden“ Europa, mit dessen Kräften es zu Ende gehe, widerlegt. Freilich kann die Weltmachtpolitik nur unter einem ungeheuren Missbrauch der Kraft der Nationen sich vollziehen. Aber diese Kraft war ja von jeher den beständigen Missbrauch unterworfen, ohne darüber zu gründe zu gehen; sie wird auch diesen überstehen. Denn aller Missbrauch hat eine Grenze, wo es für die verantwortlichen Mächte nicht nur heißt: „Bis hierher und nicht weiter“, sondern auch: „Hier ist dein Ende“. War das nicht der Fall und lernten die Völker nicht endlich, selbstständig die eigene Kraft schätzen und gebrauchen für ihre eigenen Interessen, im Dienste der wahren Kultur, so könnte von Kulturerentwicklung nicht die Rede sein. Lasse man sich — wenigstens soweit Deutschland in Betracht kommt — nicht beirren, nicht täuschen durch das eigenartige Gepräge, das die Weltmachtpolitik von wirtschaftlichem Egoismus, nationalem Dünkel und politischem Byzantinismus und Chauvinismus erhält; in diesem Gepräge kommt der echte und rechte Geist des Kulturfortschritts nicht zum Ausdruck.

Dieser Geist findet seine Bestätigung und stetige Verallgemeinerung und Kraftigung in dem Bestreben, der dem demokratischen Sozialismus huldigenden Arbeiterschaft aller Kulturländer. Wenn es einen Gesellschaftsfaktor gibt, die Großmächte einer der Erhaltung des Weltfriedens dienenden neuen Politik zu zwingen, so ist es ganz gewiß die Arbeiterklasse. Daß sie kein Interesse am Kriege hat, ist ohne weiteres so einleuchtend, daß es sich für aufgklärte, vernünftig denkende Menschen nicht der Mühe verlohnt, darüber noch Worte zu verlieren. Wenn die Arbeiterklasse aller Länder in richtigiger Erkenntnis ihrer kulturellen Aufgaben dem weltmachtpolitischen Kamel mit einem erheben: „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegentritt; wenn sie einmütig die Erhaltung des Friedens und die Ausgestaltung der Völkersolidarität auf dem Grunde einer besseren und gerechteren Wirtschaftsordnung will, so wird die Kulturwelt bewahrt bleiben vor einem beispiellos in der Geschichte dastehenden Völkerkrieg. Die Arbeiterschaft aller Länder hat es denn auch im Verlauf der letzten Jahrzehnte nicht schenken lassen an energetischen Befriedungen dieses ihres Willens. Und immer-energischer treten solche Befriedungen hervor.

Es will demgegenüber nicht viel bedeuten, wenn in der letzten Zeit wieder Staatsoberhäupter und Staatsmänner sich in Versicherungen der Friedensliebe und der Friedensbürgschaften engagieren haben. Man kann ja diese Versicherungen immerhin als ernst gemeint nehmen; denn die „Schiffsalenter“ der Völker muß ja selbst ein Grauen packen bei dem Gedanken an die ungeheure Verantwortlichkeit, die sie in Rücksicht auf die Frage: Weltkrieg oder Völkerfrieden tragen. Aber wenn nicht in der vorerwähnten Haltung der Arbeiterklasse eine Gewähr für die Verhütung unermesslichen Unheils gegeben wird — die hohe Diplomatie kann diese Gewähr nicht bieten.

## Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

I.

### Die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften.

Das Jahr 1907 war kein günstiges Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften. Beigte schon die erste Jahreshälfte eine gewisse Stagnation, die den Umschwung der Wirtschaftslage voraussehnen ließ, so offenbarte die zweite Jahreshälfte alle untrüglichen Zeichen des Niederganges. Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften wuchs zusehends; sie spiegelte sich wieder in den Verhältnissen der Statistik der Arbeiterschaftsbewegung, die das „Reichs-Arbeitsblatt“ viertjährlich veröffentlicht. Sie

wird bestätigt durch die Ziffern der Statistik der deutschen Arbeiterschaftsweise, die die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht. Auch die Bewegungsziffern der deutschen Krankenkassen, soweit sie der Berichterstattung des Statistischen Amtes angehören, lassen einen starken Rückgang erkennen, der im September 1907 eintrat. Angesichts dieser Veränderung der Wirtschaftslage war vorauszusehen, daß der stürmische Aufschwung, den die Gewerkschaften während der Hochconjunktur nahmen, einer ruhigeren Entwicklung weichen mußte. In einzelnen Industriegruppen waren selbst erhebliche Rückschläge nicht zu vermeiden, besonders im Haushaltswesen und in den damit zusammenhängenden Holzgewerben, in denen die Krise schon im Januar 1907 mit aller Schärfe ansetzte. Im allgemeinen haben jedoch die Gewerkschaften den Übergang von der Hochconjunktur zur Krise ohne nennenswerte Verluste überwunden; ihre Gesamtentwicklung zeigt, im Gegensatz zu 1891 und 1901, wo die Krise einen Rückgang der Mitgliederzahlen der gesamten Zentralverbände herbeiführte, noch immer einen ansehnlichen Fortschritt. Das ist in erster Linie der inneren Festigung der Organisationen, der Ausgestaltung und Wirksamkeit ihrer Unterstützungsseinrichtungen und der lebhaften Kampfschäfte zu danken, die ihre hindrende Kraft bewahrt. Freilich genügte dieser Fortschritt nicht, um die zweite Million Mitglieder zu erreichen — noch immer fehlen mehr als Hunderttausend davon. Immerhin sind unsere Zentralverbände die einzige Gewerkschaftsgruppe, die in so wenig günstiger Zeit einen ansehnlichen Zuwachs aufzuweisen hat. Während die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 um 175 797 erhöhen konnten, nahmen die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207 Mitglieder zu. Dagegen gingen die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) um 9619 Mitglieder zurück. Der Gesamtfortschritt der deutschen Gewerkschaftsentwicklung im Berichtsjahr wird also präsentiert durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände — das war seither so und wird auch in Zukunft so bleiben.

Im Jahre durchschnitt 1907 hatten unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände 1885 506 Mitglieder, am Ende des Jahres 1907 dagegen 1873 146. In den totalistischen Vereinen waren 20 461 Mitglieder vorhanden (davon entfallen auf die Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften nach deren eigener Angabe 17 633 Mitglieder), in den Deutschen Gewerksvereinen (Hirsch-Dunder) 108 880, in den christlichen Gewerkschaften 274 323, in den sogen. unabhängigen christlichen Verbänden 80 437 und in den übrigen unabhängigen Organisationen 96 684 Mitglieder, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907 2446 300 Mitglieder zählten, nahezu zweihälfte Millionen.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Gewerkschaftsbewegung zu solcher Größe entwickelt. 1891 zählten unsere Verbände erst 277 659 Mitglieder; 1893 gingen sie auf 223 580 zurück, dann stiegen sie bis 1900 auf 680 427. Das Jahr 1901 brachte einen kleinen Rückgang auf 677 510. Von da ab ging es ununterbrochen vorwärts: 1903: 887 698, 1905: 1 244 808 und 1907: 1 865 506. Es gibt nur eins, das dieser raschen Entwicklung gleicht, das ist der sozialdemokratische Stimmenzuwachs seit 1890. Die Gewerkschaftsentwicklung hat freilich erst viel später eingesetzt; sie mußte sich mit kleineren Anfängen beginnen und hat auch heute in ihrer Mitgliederzahl die Höhe der sozialdemokratischen Stimmenzettel noch nicht erreicht. Dafür repräsentiert sie eine festgefügte und dauernde Macht, die weit nachhaltiger die Aktion der Arbeiterklasse zu unterstützen vermag. Dagegen ist die Entwicklung der Gewerkschaften sowohl der der politischen Organisation der Sozialdemokratie als auch der der modernen Genossenschaften weit vorausgegangen. Es zählten in den Jahren an Mitgliedern:

	1906	1907	Zunahme
Sozialdemokratische Vereine...	884 327	850 465	146 189
Gewerkschaften.....	1689 709	1865 506	175 797
Konsumgenossenschaften.....	781 369	885 074	103 705

Die Gewerkschaften haben nicht nur mehr als doppelt so viele Mitglieder als die Konsumvereine und 3½ mal soviel als die sozialdemokratischen Vereine — sie haben auch die größte absolute Zunahme. Die Ursachen, die dieser langsame Entwicklung der Parteidorganisationen und der Genossenschaften zu grunde liegen, können im Rahmen dieser Statistik nicht erörtert werden. Wohl aber zeigen diese Zahlen, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Bedeutung der politischen wie auch der genossenschaftlichen Organisation noch recht wenig begriffen hat. Würden alle Gewerkschaftsmitglieder ebenso wie in ihrer Berufsorganisation, so auch in der Partei und in der Genossenschaft ihre Pflicht erfüllen, so würden nicht nur alle die kleinen Differenzen und Abweichungen, die sich zwischen verschiedenen Armeen der Arbeiterbewegung von Zeit zu Zeit bemerkbar machen, völlig verschwinden, sondern die Stärke der Arbeiterbewegung würde dadurch

sicherlich vervielfacht werden. Das Beispiel der Einigkeit und Einheit im eigenen Lager würde, verstärkt durch größere Erfolge, auch seine Rückwirkung auf die auftretenden Arbeitermassen nicht verschleiern und den Zerstörungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien und der gelben Nährbäume bald den Boden entziehen.

Die Mitgliederanzahl der Gewerkschaften vom Jahresabschluß 1906 bis Ende 1907 stieg hinter der Zunahme im Jahresdurchschnitt zurück; sie betrug nur 73.883. Es erklärt sich dies daraus, daß die zweite Jahreshälfte 1906 einen starken Aufschwung, dagegen die zweite Hälfte 1907 einen Neinen Rückgang, zeigte. Die Centralversammlung zählte Ende 1906 1.798.293 Mitglieder. Das erste Quartal 1907 schloß mit 1.823.881 ab (+ 24.588), das zweite Quartal mit 1.832.665 (+ 58.784), das dritte Quartal mit 1.832.863 (- 302) und das vierte Quartal mit 1.878.146 (- 9217). Der Aufschwung der Gewerkschaften fällt also in die Zeit von Mitte 1906 bis Mitte 1907, danach trat ein Rückgang ein. Es ist charakteristisch, wie sehr diese Entwicklung mit der Statistik der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsnachweise übereinstimmt. Und doch sollte gerade die Wirtschaftskrisis die Mitglieder stärken, denn je an ihre Organisationen hingen, die ihnen nicht nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. gewähren, sondern auch den Stand der Arbeitsbedingungen gegen Verschlechterung sichern.

Der Rückgang trifft allerdings nur einen Teil der Gewerkschaften und wurde bei diesen durch besondere Umstände verursacht. Von den 61 Verbänden, die die diesjährige Statistik umfaßt, haben 40 eine Zunahme von zusammen 100.065 Mitgliedern (von Ende 1906 zu Ende 1907) zu verzeichnen, während 21 eine Abnahme von 26.212 anzeigen. Von diesem Gesamtverlust von 26.212 entfallen auf die vier Verbände der Bauhülfearbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Tafelarbeiter allein 21.157. Die Bauarbeiter verloren schon im ersten Quartal 20.670 Mitglieder infolge großer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, die Behausende, ungeliebte Arbeit in anderen Berufen drängte. Bei den Holzarbeitern steht der Verlust im zweiten Quartal 1907 ein als eine Nachwirkung der Krisis im Buchdruck und der großen Kämpfe, die dem Verbande enorme Kraftflüsse ausverließen. Im Maurerverband zeigte sich der Rückgang erst im dritten Quartal, nach dem großen Kampf in Berlin, während die Tafelarbeiter seit Jahresbeginn stagnieren und von Quartal zu Quartal weitere Mitglieder verloren. Auf dieser Industrie lastet jeder wirtschaftliche Niedergang, nicht nur zunächst, sondern auch im allgemeinen, da das Rohstoffe selbst in Zeiten guter Beschäftigung sehr niedrig ist. Beigt sich aus diesen Ursachen, wo die betreffenden Gewerkschaften einzugehen haben, um für kommende Jahre solchen Verlusten vorzubereiten, so muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung daraus die Lehre ziehen, daß die Erziehung der Mitglieder zur Organisationsstreue und zu höheren Opfern für ihre Organisation Hand in Hand gehen muß mit einer vorsichtigen Kampfesfertigkeit, die alle Voraussetzungen des Erfolges oder Misserfolges auf das sorgfältigste prüft und sich auch nicht durch Stimmungen einzelner Mitgliederkreise zu untauglichen Maßnahmen drängen läßt.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 zählten sechs Verbände über 100.000 Mitglieder, vier zählten 50–100.000, fünf 30–50.000, drei 20–30.000, zehn 10–20.000, zehn 5–10.000, zehn 3–5.000, drei 2–3.000, drei 1–2.000 und sieben weniger als 1.000 Mitglieder. Wir finden neben großen Verbänden mit mehr als 100.000, ja bis 355.886 Mitgliedern auch kleine Organisationen, die nur wenige Hundert Mitglieder zählen. Eingliedrige Vereinigungen trocken den größten Teil der vorhandenen Berufsgenossen. Dies bestätigt sich mehr und mehr die Erkenntnis, daß solche kleinen Organisationen in entscheidenden Kämpfen der konzentrierten Macht der Unternehmer nicht gewachsen sind und daß der Anschluß an größere verbandete Berufsorganisationen vorzuziehen ist. Auch im Berichtsjahr hat die Verschmelzung von Gewerkschaften Fortschritte zu verzeichnen. Außer den Übertritten der Buchdrucker Eläß-Lohringens, Gräbner, Konditoren, Bergolzer und Tafelarbeiter sind Zusammenschlüsse bestrebungen in den graphischen Gewerben, im Gaffitgewerbe, in der Leberindustrie, in den Nahrungsmittelwerken, in der keramischen Industrie und in dem Transportgewerbe hervorgetreten, von denen einige vorläufig zum Abschluß von Kartellverträgen geführt haben.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 37 Verbänden 118.908; sie stieg 1907 in 35 Verbänden auf 136.920, oder um 18.021. Die Zunahme beträgt 15,1 p. 100. gegenüber 10 p. 100. Zunahme der männlichen Mitglieder. Die Organisation der Arbeiterinnen hat sich noch langsam entwickelt als die der männlichen Arbeiter. 1892 betrug der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften erst 1,8 p. 100, 1896 4,6 p. 100, 1898 2,7 p. 100, 1900 3,8 p. 100, 1902 3,8 p. 100, 1904 4,6 p. 100, 1906 7,1 p. 100

und 1907 7,8 p. 100. Damit ist diese erfreuliche Entwicklung natürlich nicht abgeschlossen, denn das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften beginnt sich erst jetzt in stärkerem Maße zu regen und die Agitation wird durch die Gewerkschaften selbst, wie auch durch das Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission nachhaltig unterstützt. Welche Massen von Arbeiterinnen noch zu gewinnen sind, lehrt uns ein Blick auf die deutsche Fabrikstatistik, die im Jahre 1906 allein in rechtsverpflichtigen Betrieben 1.095.899 Arbeiterinnen über 18 Jahre zählte. In diesen Betrieben beträgt der Anteil der Arbeiterinnen 18,6 p. 100, also zweieinhalbmal soviel als heute der Anteil der organisierten Arbeiterinnen. Stellen wir für die wichtigsten Industriegruppen die Zahl der in Fabriken beschäftigten und der organisierten Arbeiterinnen einander gegenüber, so ergibt sich daraus sofort, welche gewaltigen Aufgaben dieser Organisation noch liegen.

	Beschäftigte Arbeiterinnen 1906	Weibliche Organisierte 1907
Textilindustrie	397.821	44.277
Metall- und Maschinenindustrie	987.438	146.993
Holzindustrie	266.455	3.457
Nahrung- u. Genuss-Industrie	147.741	189.25
Graphische Gewerbe	86.204	8.333
Dielindustrie, Meiningengewerbe (einf. Konfö)	211.407	18.640

Die Gewerkschaften dürfen daher nicht nachlassen in der Verarbeitung dieses Feldes, denn die Erfahrung, daß die Organisation in zahlreichen Industrien nur einen geringen Druck auf der Arbeiterschaft repräsentiert und demgemäß auf die Arbeitsbedingungen nur geringen Einfluß ausüben vermag, ist in erster Linie der Niedrigkeit der Arbeiterinnenorganisation geschuldet.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Eisenbahneinnahmen — Emissionen — Außenhandel — Auswanderung — Konturste — Roheisenproduktion — Elektrizitätswerte — England.

Für den Monat August laufen jetzt die verschiedensten Statistiken ein, denen die anstehende Depression weiter deutlich zum Ausdruck kommt.

Die preußischen Eisenbahnen verzeichneten im Personen- und Gepäckverkehr zwar eine um 3,89 Millionen Mark über um 7,8 p. 100 höhere Einnahme wie im August des Vorjahrs, aber umgekehrt hat im diesjährigen August der Güterverkehr nur 104,14 Millionen Mark eingebracht gegen 110,54 Millionen Mark im Vorjahr; das sind also in diesem für den allgemeinen Wirtschaftsstand charakteristischen Transportzweig 6,4 Millionen Mark oder 5,8 p. 100 weniger. Das rechnungsmäßige Eisenbahnjahr beginnt wie das Finanzjahr mit dem 1. April. In den bis Ende August abgelaufenen fünf Monaten hat Preußen aus dem Güterverkehr bereits 202,4 Millionen Mark oder 9,7 p. 100 weniger erlöbt; statt 524,34 Millionen Mark, wie 1907, nahm es nur 504,10 Millionen Mark für Güterverfrachtung ein. Gegen den Vorjahrszug des Staats haben in den abgelaufenen fünf Monaten die Gesamtverkäufe (Personen- und Güterverkehr, Materialverkauf, Vermietungen usw.) nahezu acht Millionen Mark weniger ergeben. Für die preußische Finanzwirtschaft wird also der Ausfall aus dem Güterverkehr durchaus nicht aus anderen, weniger von der Konjunktur abhängigen Quellen zu decken sein.

Die "Frankfurter Zeitung" veröffentlicht ihre übliche Emissionenstatistik für den Monat August. Obwohl hier schon das Vorjahr wegen des knappen und teuren Geldes sich wesentlich Einschränkungen aufgerichtet hat, und obwohl viele Emissionen der Gegenwart nur darauf hinauslaufen, alte schwedische Banknoten in Daueranleihen umzutauschen und auf ein größeres Börsenpublizum zu übertragen, so stellt sich doch die Summe des Neu gründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung angebotenen Kapitals im August nur auf 69,16 Millionen Mark gegen 108,43 Millionen Mark im Vorjahr Juli und gegen 78,27 Millionen Mark im August 1907. In den ersten acht Monaten zusammen betrug die Summe der Neuinvestitionen 694,79 Millionen Mark gegen 942,62 Millionen Mark im gleichen Zeitraum 1907. Niedriger als im August 1907 waren die Kapitalsansprüche hauptsächlich im Eisenengewerbe, in den elektrotechnischen Industrien, im Papier-, Holz- und Baugewerbe, sowie im Handels gewerbe, hier allerdings mit Ausnahme der Banen, die zum Teil an Kapitalbeschaffung nachholen, was sie sich früher unter den schwierigeren Verhältnissen versagten. Von Bau- und Zerstreuungsgesellschaften wurden gar nur 3,57 Millionen Mark beansprucht gegen 9,38 Millionen Mark in dem sowieso schon bescheidenen August 1907.

Bei der deutschen Außenhandelsstatistik wird man die ausführlicheren Eingangslisten noch abwarten haben. Die vom "Reichsanzeiger" gebrachten Hauptzahlen bieten jedoch für den August gleichfalls das uns bekannte Bild der Niedergangssperiode. In der Einfuhr haben wir neben dem mehr vom Welt- und Großausland bestimmten Rückgang der Zufuhr von fremden Lebensmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten vor allem eine Minderzufuhr von Roh- und Brennstoffen. So ist die Einfuhr insgesamt 699.783 Doppelzentner im August 1907 diesmal zusammengebrochen auf 504.188 Doppelzentner. Dafür forciert man die Ausfuhr bestimmt Erzeugnisse. So belief sich die Eisenausfuhr auf 3,24 Millionen Doppelzentner gegen 2,74 Millionen Doppelzentner im August des Vorjahres. An deutschen Kosten gingen in den acht Monaten bis Ende August 170,06 Millionen Doppelzentner über die deutschen Grenzen gegen 183,08 Millionen Doppelzentner im Vorjahr. Die deutsche Gesamtausfuhr belief sich im August auf 41,12 Millionen Doppelzentner gegen 39,64 Millionen Doppelzentner im Vorjahr. Die

ersten acht Monate zusammengezählt stieg die Ausfuhr von 292,94 Millionen Doppelzentner im Vorjahr auf 295,91 Millionen Doppelzentner im laufenden Jahre. Das ist für viele Teile durchaus kein günstiges Zeichen, aber es widerlegt doch auch das interessierte Gejammer der Unternehmer und ihrer Vorführer in den Handelskammern über das Schwinden des Exportes. Wir haben selbstverständlich wie bei jeder internationalen Kriegszeit ausbreitenden Krieg viel Export zu weniger lohnenden und sogar zu schlechteren Preisen; aber wir haben bisher wachsenden, nicht zusammengebrückten Export — im Gegensatz zu Ländern wie England.

Bei der Auswanderung spürt man recht deutlich, wie sehr sie das Ergebnis nicht lediglich unserer, der deutschen und europäischen Wirtschaftsentwicklung ist, sondern auf der anderen Seite mitbedingt wird durch die Auf- oder Abwanderbewegung in den Einwanderungs ländern, also vor allen Dingen in den Vereinigten Staaten. An sich müßte unter gewölblicher Niedergang die Auswanderung steigen. Da jedoch der wirtschaftliche Aufschwung in Amerika viel schlimmer war, so ist der Antrieb, jenseits des Ozeans sein Glück zu versuchen, immer geringer geworden. Der August bestätigt das von neuem. Hier wanderten diesmal über deutsche Häfen 1772 Deutsche aus, gegen 2672 im August 1907 und 2518 im August 1906; auch über fremde Häfen (Antwerpen, Havre) rechnet man etwa 270 deutsche Auswanderer weniger wie 1907. Die ersten acht Monate abermals zusammengefaßt, erhalten wir bisher für dieses Jahr eine deutsche Gesamtauswanderung (auch über Belgien und Frankreich) von rund 12.770 Personen gegen 20.224 im Jahre 1907, das heißt 7454 oder 37 p. 100 weniger. Noch in ganz anderen Siftern spricht sich, wie schon öfter erwähnt, der Abzug der Auswanderung fremder Staatsangehöriger über die deutschen Häfen aus. Die deutschen Häfen berichten im August nur 7703 solcher Ausländer gegen nicht weniger wie 25.069 Personen im Hochflutjahr, und in den ersten acht Monaten des Jahres 52.682 gegen 265.012 im Jahre 1907.

Die jetzt vorliegende deutsche Konfö ist statthaft für das zweite Quartal 1908 führt sich gleichfalls in den Magazinen dieses Blattes ein. Die Zahl der Konföerungen blieb andauernd hoch. Es sind von den Gerichten im Deutschen Reich im zweiten Quartal d. J. 274 Konfö eröffnet worden gegen 2185 im zweiten Quartal 1907, also jetzt 189 oder 8,6 p. 100 mehr. Außerdem sind 531 (1907: 474) Anträge auf Konföeröffnung wegen Masse mangels abgewiesen worden. Auf Preußen entfallen 1261 Konföeröffnungen, auf Sachsen 302, auf Bayern 244, auf Württemberg 121, auf Eläß-Lohringen 80, auf Baden 84. Von den Großstädten steht oben Berlin mit 102 Konföeröffnungen, wo außerdem noch 88 Anträge auf Konföeröffnung, wegen Masse mangels abgewiesen sind; dann folgte Hamburg mit 49, Leipzig mit 40, Dresden mit 38 und München mit 35 Konföeröffnungen. Charlottenburg hatte 14, Siegburg 6, Schöneberg nur 2 Konföeröffnungen.

Die Einschränkung der deutschen Roheisenproduktion datiert im wesentlichen seit dem Monat März. Nachdem der Juli, immer 1907 und 1908 verglichen, ein Heraufleiten von 1.123.968 Tonnen auf 1.010.770 Tonnen gebracht hatte, fiel der August noch mehr, nämlich von 1.117.545 auf 935.445 Tonnen ab.

Nur die Börsen berücken sich immer wieder in Unruhen, denen freilich nach kurzer Zeit gewöhnlich die Enttäuschung und der Kassenjammer folgt. Brachte man vor ein paar Wochen die Grubenwerte vorübergehend in Schönbach, so ließ man in der ersten Hälfte des September die elektrischen Werte empfehlungen. Man erhält, die badische Staatsbahnverwaltung will eine einzelne ihrer Linien elektrifizieren. Schönberg bei Bergzaberg befürchtet, um einen Gegenprojekt der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zuvorzukommen, mit ungewohnter Raschheit den Bau einer Untergrundbahn, der an die Siemens und Halske-Uttengesellschaft vergeben wurde. Dies beantragte die Börse mit einer erregten Kurztreiberei fast aller Elektrizitätswerte und außerdem noch vieler verwandter Aktien. Heute ist schon wieder viel niederschlagendes Wasser in diesen schwämmen Wein gegossen.

Doch es in anderen Ländern nicht viel anders und sogar noch schlimmer aussieht, beweist die englische Arbeitslosenstatistik. Nach dem Arbeitsdepartement waren Ende August 1907 4 p. 100 der Mitglieder bei den berichtigenden Trade Unions arbeitslos, diesmal Ende August 8,9 p. 100.

Berlin, 20. September 1908. Max Schipper.

### Politische Umschau.

Die Arbeiter für den Frieden. Solange die internationale Arbeiterbewegung besteht, vornehmlich seit dem Jahre 1870, hat die Arbeiterschaft der verschiedenen Länder schon öfter erste Anlässe benutzt, Kundgebungen für den Frieden gegen den Krieg zu veranstalten. Im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre war jeder der internationalen Arbeiter Kongresse die Stätte einer solchen Kundgebung. Und immer waren die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Organe der Arbeiter aller Länder einig in der Verurteilung des Krieges und in der Widerstand gegen seine Ursachen. Es gibt keine Gesellschaftsklasse, die in Rücksicht auf eigene berechtigte Interessen und die damit sich verbindenden allgemeinen Kulturreisen, wie in Rücksicht auf die Gebote der Vernunft und Humanität entschiedener Eingangslisten noch abwarten haben. Die vom "Reichsanzeiger" gebrachten Hauptzahlen bieten jedoch für den August gleichfalls das uns bekannte Bild der Niedergangssperiode. In der Einfuhr haben wir neben dem mehr vom Welt- und Großausland bestimmten Rückgang der Zufuhr von fremden Lebensmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten vor allem eine Minderzufuhr von Roh- und Brennstoffen. So ist die Einfuhr insgesamt 699.783 Doppelzentner im August 1907 diesmal zusammengebrochen auf 504.188 Doppelzentner. Dafür forciert man die Ausfuhr bestimmt Erzeugnisse. So belief sich die Eisenausfuhr auf 3,24 Millionen Doppelzentner gegen 2,74 Millionen Doppelzentner im August des Vorjahres. An deutschen Kosten gingen in den acht Monaten bis Ende August 170,06 Millionen Doppelzentner über die deutschen Grenzen gegen 183,08 Millionen Doppelzentner im Vorjahr. Die deutsche Gesamtausfuhr belief sich im August auf 41,12 Millionen Doppelzentner gegen 39,64 Millionen Doppelzentner im Vorjahr. Die

zeugung, daß den Aufgaben und dem Heil der Kulturmenschenheit nur der Friede und seine Sicherung entspricht.

Heute, am 20. September, hat in Berlin eine denkwürdige Friedensdemonstration der deutschen und englischen Arbeiter stattgefunden, eine Verbrüderungskundgebung der Arbeiter Englands und Deutschlands zu Gunsten des Friedens. Es war eine Deputation englischer Arbeiterorganisationen, darunter die hervorragendste Führer der Trade Unions, erschienen, um den Berliner Arbeitern, als Vertretern des deutschen Proletariats, eine Friedensadresse, unterzeichnet von 48 Parlamentsmitgliedern und 18 Gewerkschaftsführern, zu überreichen. Mindestens 22000 Menschen hatten sich in den Lokalitäten der „Neuen Welt“, des größten Etablissements Berlins, zu diesem ernsten und wichtigen Appell eingefunden. Um 12 Uhr mittags eröffnete der Reichstagsabgeordnete Regier die gewaltige Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er die Verbrüderung der deutschen und englischen Arbeiterschaft feierte; hinter den Friedensvertretenden Arbeitervertretern stießen 2215000 englische und 2106000 deutsche, also 4221000 organisierte Arbeiter. Legien ließ seine Ansprache ausklingen in die Worte: „Wenn die Arbeiterschaft der Welt einig ist, dann ist es vorbei mit der chauvinistischen Bekehrung der Völker! Bei den Arbeitern liegt heute die Entscheidung über Krieg und Frieden.“

Der Sekretär der internationalen Schiedsgerichtsliga, Maddison, nahm hierauf das Wort zur Übereichung der Adresse. Diese hat folgenden Wortlaut:

„Vördler Kriege wurden Kriege gewöhnlich durch die dynastischen Streitigkeiten von Monarchen, durch die Intrigen und Säntereien von Staatsmännern, religiösen Hader und Verfolgungen oder Rassenvorurteilen verursacht. Einige dieser Ursachen gibt es freilich noch immer als mächtige Quellen des Unheils, aber heute übt der Teil der Presse die unheilvollste Wirkung aus, welche principielle Kapitalisten besitzen und beherrschen. Die häufigen Versuche dieser Blätter, zwischen Euren und unserem Lande Bündnis herauszubauen, schmerzen uns; aber wir versichern Euch, daß zu diesen unheilsamen Versuchen weder der Anstoß von den Arbeitern Britanniens gegeben worden ist, noch daß sie sie guthaben. Viele Jahre wirkte man erfolgreich in dieser unheilsamen Weise, zwiespalt zwischen den Arbeitern Frankreichs und uns stand, indem man die Leute in beiden Ländern lehrte, einander zu hassen und ihre Mittel durch Bettelarbeiter im Militarismus und Rüstungen zu vergeden, deren fast unabrechenbare Kosten das britische und das französische Volk zu tragen hatten. Nicht nur diese vergedachten Millionen wurden von den Arbeitern erpreßt, sondern durch Generationen hindurch belämpft und töten sich die Leute beider Länder wie Wild, und die einzigen Personen, die aus dem Blutbad Nahrmen, waren die Bettelarbeiter und die Klassen, die selbstsüchtige Zwecke verfolgten. Die große Masse bezahlte und lähmte; die bestehende Klasse heimste die Frucht ihrer unmündigen Töchter ein. Schließlich jedoch nach langen Jahren unermüdlicher Anstrengung, ist durch einen zwischen den beiden Ländern geschlossenen Schiedsgerichtsvertrag der Friede gesichert. Dieser Vertrag ist ein Triumph für die Arbeiterschaft Britanniens und Frankreichs; denn sie waren es, die — trotz Schmach und Höhn — vor 87 Jahren den Weg bahnten und schließlich erreichten, daß er angenommen wurde. Dem Vertrage folgte schließlich eine der britischen und von der französischen Regierung einberufene Konferenz, die leicht Mittel und Wege fand, alle wichtigen Streitigkeiten zwischen unserem Vaterlande und Frankreich aus der Welt zu schaffen. Der Vertrag dieser Konferenz wurde vom französischen und vom britischen Parlament ratifiziert, mit dem Resultat, daß die in beiden Ländern gehalte Furcht vor einer Invasion nicht mehr existiert, zum Nachteil der Völkergespenster und der Verbreiter blinden Lärms, jedoch zum Vorteil der Arbeiterschaft im allgemeinen. Was kann die Arbeiterschaft Deutschlands und Britanniens hindern, zu tun, was Frankreich und Britanniens getan haben? Zwischen Euch und uns gibt es weder Streitigkeiten noch Ursachen zu Streitigkeiten miteinander. Es ist nicht allein unser Wunsch, sondern es liegt auch in unserem Interesse, daß zwischen uns ungetrübte Eintracht herrsche, und doch erfindet und verbreitet eine Reihe von Zeitungen in beiden Ländern wesentlich boshaft Darstellungen mit Bezug auf das Nebenwollen Euch gegenüber. Solche Gefühle mögen vielleicht Kriegslustige Journalisten und andere selbstsüchtige Personen hegen, aber die Arbeiter, die Euch, den Arbeitern Deutschlands, der Freundschaft entgegenstreden, teilen sie nicht. Freudig erregt über den Fortschritt, den man mit dem Prinzip des Schiedsgerichtsverfahrens gemacht hat, dessen Durchführung einen Ausweg bei der Beilegung von Streitigkeiten bedeutet, wünschen diejenigen, die mit dieser brüderlichen Wirtschaft Euch nahen, und alle, die unter dieses Schiedsgericht ihren Namen gesetzt haben, aufrecht, dieselben freundshaflichen Beziehungen zwischen Deutschland und Britanniens zu schaffen, die jetzt zwischen

unserem Vaterlande und Frankreich herrschen. In diesem Geiste und mit dieser Hoffnung kommen wir zu Euch. Wenn auch bei vielen von uns die politischen, sozialen und religiösen Ansichten auseinandergehen, sind wir einig in dem Glauben, daß der Friede nicht nur der Lebenssodometer ist, sondern die erste und unerlässliche Bedingung des Fortschritts. Stark in diesem Glauben, wollen wir noch ein Bild an der Kette menschlicher Brüderlichkeit schmieden und die Kette, welche das deutliche mit dem britischen Volk verbindet, so stark machen, daß die vereinigten Mächte der Bündnis nicht im Stande sind, sie zu zerreißen. Jedoch ist all unser Hoffen und Trachten, so wichtig es auch sein mag, von geringer Bedeutung im Vergleich mit der mächtigen Aufgabe, die drückend, vom Militarismus und durch sozialpolitische Rüstungen auferlegte Würde zu erleichtern. Wir glauben, daß mit geringen Ausnahmen Monarchen und Staatsmänner wirtschaftlich danach streben, den Krieg zu vermeiden, obwohl manche derselben sonderbare Ansichten über die besten Mittel und Wege zur Erhaltung des Friedens haben. Was auch immer die Ansicht der Herrscher sein möge, die Erzeuger des Wohlstandes haben alle Ursachen, Streitigkeiten beigelegen, ohne einander zu bekämpfen. Sie sind nicht schuld an den Unstimmigkeiten der Nationen, aber sie haben die Kriegskosten zu bezahlen und ihr Blut zu vergießen.“

Wir haben nicht den Auftrag, für die Arbeiter Frankreichs zu sprechen, doch — wie wir sie kennen — dürfen wir wohl dem Glauben Ausdruck geben, daß sie freudig die mit uns geschlossene Verbrüderung auf Euch ausdehnen würden, und wenn sich die Arbeiter Britanniens, Frankreichs und Deutschlands zusammenführen in dem Verlangen, daß an Stelle des Krieges das Schiedsgerichtsverfahren treten soll, dann wird der verbrüderliche Einfluß der Ausbeuter und der Verbreiter blinden Lärms und ihrer Organe geschwächt, läuft der Friede Europas weniger Gefahr, gebrochen zu werden, und aus den Taschen der Arbeiter zöge man nicht mehr Millionen, um sie an Rüstungen zu verschwenden. Es würde uns freuen, wenn Ihr mit uns in Ideenaktausch eintreten oder unseren Besuch erwarten wolltet.“

Die Versammlung nahm folgende, vom Reichstagsabgeordneten Friedrich Berlin vorgeschlagene und mit enthusiastischem Applaus begründete Resolution ein:

„Die in den freien Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterschaft Berlins begrüßt die Delegation der englischen Arbeiterschaft aufs Herzlichste und nimmt die von ihnen überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. In voller Übereinstimmung mit dem Beschuß der politischen Vertretung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands erklärt sie: Das gemeinschaftliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturböller — wie das englische und das deutsche — gegenjüngtig zu verhören und zum Krieg aufzustacheln, dient nur den engstirigen und farschigsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Es steht im jüngsten Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebauten Massen aller Nationalitäten, welche durch die eigene Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind. Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt, und der ungeheueren materiellen, wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angeicht der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen aufgrund jedes Konflikts zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt: verpflichtet sich die heutige Versammlung — entsprechend der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart — hand in Hand mit der englischen Arbeiterschaft mit allen in Vertracht kommenden Mitteln dorthin zu wirken, daß der chauvinistische Geist überwunden und der Frieden gesichert wird.“

Auch die Hirsch-Dundreischen Gewerbevereine hatten an demselben Tage in ihrem Verbandsgebäude eine Demonstration veranstaltet, in der dieselben Engländer, die vorher in der „Neuen Welt“, gesprochen hatten, das Wort nahmen. An dieser Versammlung nahm auch der ehemalige preußische Minister v. Berlepsch teil. Nach Kundgebung der Adresse wurde folgende Resolution angenommen:

„Die im großen Saale des Gewerbevereinshauses tagende, überaus stark besuchte Gewerbevereinsversammlung billigt die Antwort des Centralrates auf die Adresse der englischen Arbeiterschaft und bringt erneut zum Ausdruck, daß die deutschen Arbeiter in Frieden und Freundschaft leben wollen mit allen Kulturnationen, insbesondere auch mit dem Volk Großbritanniens. Unsere Parole soll sein: Krieg dem Kriege, hoch die Arbeit und der Fortschritt der Kultur im friedlichen Wettkampf der Völker!“

Abends wurde die englische Delegation im Berliner Gewerbevereinshaus feierlich empfangen. Der englische Abgeordnete G. W. Bowermann sprach in einer Anrede seine Freude aus über die großen Fortschritte der deut-

schen Gewerkschaften, die alle Schwierigkeiten von einst glänzend überwunden haben; er fügte hinzu:

„Die deutschen und englischen Gewerkschaften wettbewerben heute miteinander, aber uns erfüllt kein Neid, wir sind froh über diese Rivalität. Die englischen Gewerkschaften waren früher gewohnt, sich ihrer großen Ressourcen zu rühmen; aber die Notwendigkeit, diese zu schützen, hat zur Gründung einer unabhängigen politischen Arbeiterpartei bewogen, die heute 50 Vertreter im Parlament hat und die nichts als die Interessen des Proletariats vertreten. Von ihnen sind eine Anzahl Sozialdemokraten; alle aber kämpfen gemeinsam für die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Und wenn die deutschen Arbeiter sich noch immer nicht derselben Freiheit erfreuen, wie die englischen, so bin ich fest überzeugt, daß Sie alle Schwierigkeiten überwinden werden und Ihre parlamentarischen Vertretungen den Einfluss erobern werden, der Ihnen gebührt.“

Nach Bowermann sprach noch Henry Vivian, der im Namen der englischen Gewerkschaftsbewegung sprach, der Abgeordnete George Nicholls im Namen der Landarbeiter, Charles Wilson, der Organisator der Seeleute, und als letzter Redner T. Morgan vor der internationalen Schiedsgerichtsliga. Alle Redner betonten den Wahnsinn eines englisch-deutschen Gegenseitzes. Ihre Versicherungen gemeinsamen Kampfes für den Frieden und für die Emancipation des Proletariats erweckten stürmischen Beifall bei den Versammelten.

Die Berliner Polizei befandet bei dieser Gelegenheit wieder einmal ihre Revolte. Sie hatte in der Nähe der Versammlungsstätte starke Verbotsschilder von Schülern untergebracht. Es waren sogar die Soldaten der ganzen Garnison in den Kasernen konfisziert. Offenbar hielten man in maßgebenden Kreisen die nahe Befürchtung, die für den Frieden demonstrierenden Berliner Arbeiter würden einen Putsch verüben! Die Kundgebung verlief natürlich in den größten Ordnung; Polizei und Militär hatten keinen Anlaß zum Einschreiten. Es gereicht Preußen-Deutschland gerade nicht zur Ehre, daß die öffentliche Gewalt neben friedlichen Demonstrationen der Arbeiterschaft die bewaffnete Macht in die Erscheinung treten läßt.

**Die Reichsfinanzreform.** Der Reichsfinanzminister Shaduw ist nun endlich dazu gelangt, etwas „Authentisches“ über seine Finanzreformprojekte in der „Welt. Allgemein Zeit“ veröffentlicht zu lassen. Diese Veröffentlichung ist der Extrakt eines Auftrages Shaduws, der im Oktober der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht werden soll. Der Bericht des Reichsministers und Reformator der gerüttelten Reichsfinanzen enthält allerdings nur einen Teil seines sogenannten Reformprogramms. Es schildert die Reichsfinanzen als sehr ungünstige und rechnet einen Mehrbedarf von annähernd 500 Millionen Mark für die nächsten Jahre heraus, der durch neue oder erhöhte Steuern gedeckt werden soll. Er führt u. a. an, daß die Weinreinjektion durch folgende Aufgaben geboten sei: Die vorgezogene Wein- und Baisenverförderung soll ins Werk gebracht werden; eine Erhöhung der Reichsbeamtengehälter soll eintreten; der Reichsbeamtenfondson braucht zurückzuführen; die Budersteuer soll befeigert oder ermäßigt und die Fahrtkartensteuer soll preiszugesetzt werden.

Für die Deckung des Mehrbedarfs von 500 Millionen Mark jährlich fährt Shaduw zunächst die höhere Besteuerung des Branntweins in eins Auge; doch läßt er die Frage offen, ob er das Branntweinmonopol vorziehen wird. Weiter nimmt er eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer in Anspruch. Nach seiner Behauptung sind Branntwein, Bier und Tabak „soviel um dessen geeignete Steuerobjekte, weil sie keine Genussmittel sind und daher die Unterwerfung unter die Steuer seitens der Konsumanten in gewisser Weise den Charakter der Freiwilligkeit trägt“. Das ist eine furiose steuerpolitische Weisheit, die allerdings nicht neu ist. Immer haben die Verfechter der indirekten Steuern diejenigen Konsumartikel, die das arbeitende Volk nicht unbedingt zur Erfüllung seiner Existenz gebraucht in ebenso unattraktiver wie gefährlicher Weise als „Zugzwang“ bezeichnet und die Steuern auf solche Artikel zu „Zugzwang“ gepeinelt. Es handelt sich aber bei der Besteuerung von Branntwein, Bier und Tabak tatsächlich um die Belastung solcher Artikel, deren Konsum einem Bedürfnis der breiten Volksmassen entspricht. Steuern auf Branntwein, Bier, Tabak und sonstige dieser Genussmittel greifen tiefer in die Lebenshaltung der breiten Volkschichten ein. Und überdem sind ja auch die notwendigen Lebensmittel durch die agrarische Schuhpolizei den Massen längst in unerhörter Weise versteuert worden. Da nimmt sich die Besteuerung darauf, daß Branntwein, Bier und Tabak „reine Genussmittel“ seien, um so merkwürdiger aus. Es ist nicht mehr, daß die Unterwerfung unter die Steuern auf diese Artikel den Charakter der Freiwilligkeit trägt. Auch das Bedürfnis nach solchen „reinen Genussmitteln“ ist ein zwingender Faktor.

Vielleicht wird Herr Shaduw auch noch eine Steuer auf Schaumöl (Sille) einföhren, damit es nicht so aussieht, als ob er es nur auf den Schnaps, das Bier und das Bierzucker des armen Mannes abgesehen hätte. Zudem befürwortet er die Besteuerung der Erbschaften durch Einführung einer allgemeinen Nachsteuer, die den Nachlaß als solchen trifft, und kleinere Vermögen bis zu 20 000 freifassen soll. Endlich will er die Matrilarbeitsteuer pro Kopf der Bevölkerung um 40 Pf. erhöhen.

Der Reichsfinanzminister erklärt logisch, die Ordnung der Reichsfinanzen sei eine Lebensfrage für das

Deutsche Reich und seine Gliedstaaten; sie müsse gelöst werden, und zwar jetzt, da jede Hinausschiebung die Lösung nur noch erschweren werde.

Genau betrachtet, bringt auch diese Auslassung Sydows nicht viel Neues; völlige Markeit kann erst durch die Veröffentlichung der Entwürfe selbst gewonnen werden, zumal Herr Sydon ganz allgemein und bestimmt davon redet, daß er noch andere Steuern in petto hat für den Fall, daß der Weichtag auf seine nächsten Vorschläge nicht oder nicht genügend eingehet. Da steht noch die Einführungsteuer, die Feriensteuer, die Mehrsteuer und so manches andere im Hintergrunde.

**Der Kleine Befähigungsnachweis in Kraft.** Am in Kraft getreten. Von diesem Tage an wird nach der Reichsgesetzesordnung-Novelle, die den Reichstag im Mai d. J. beschlossen hat, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben nur noch solchen Personen zugeschlagen, die vor dem 1. Oktober 1884 geboren sind und die Meisterprüfung bestanden haben. Haben welche Personen die Meisterprüfung nicht für dasjenige Gewerbe oder denjenigen Zweig des Gewerbes bestanden, in dem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, so haben sie die Befugnis dann, wenn sie in diesem Gewerbe entweder die Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben, oder fünf Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbstständig ausgebürgert haben, oder während einer gleich langen Zeit als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gemeinet sind. Die höhere Verwaltungsbeförderung kann Personen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen widerruflich verleihen. In den Ausführungsbestimmungen, die der preußische Handelsminister für Preußen erlassen hat, empfiehlt er mit Nachdruck auf die hier einschneidende wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme besondere Vorsicht. Jedenfalls sei es gut, bei allen Verleihungen und Entziehungen der Anleitungsbefugnis, Handwerksammern und Innungen zu befragen.

Die Novelle bestimmt weiter, daß jeder Lehrling nach Abschluß der Lehrtätigkeit eine Gesellenprüfung abzulegen hat. Zur Meisterprüfung werden nur solche Personen zugelassen, die eine Gesellenprüfung bestanden haben. Es ist nicht nötig, daß der Geselle seine Gesellenprüfung in dem Handwerk abgelegt hat, in der er seine Meisterprüfung ablegen will. Wer zum Beispiel in seiner Gesellentätigkeit umschaltet, braucht für die bevorstehende Meisterprüfung nicht erst noch eine Gesellenprüfung im neuen Handwerk auszulegen. Ausnahmen betreffs der Gesellen- und Meisterprüfung sind für ältere Handwerker zulässig. Wollen sie heute noch den Meisterstitel erwerben, so kann ihnen die Gesellenprüfung erlassen werden, wenn sie eine solche früher nicht bestanden hatten. Es wird in Zukunft streng darauf gesehen werden, daß der Meisterstitel nur von Handwerkern geführt wird, die die Meisterprüfung bestanden und das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Es sind Übergangsbestimmungen vorge sehen, und zwar dahin, daß Personen, die vor dem 1. Oktober 1908 das Recht der Lehrlingshaftung besaßen, den Bestimmungen der Novelle aber nicht entsprechen, also nicht Meister sind und nach dem 1. Oktober 1884 geboren sind, ihre Lehrlinge auslernen lassen dürfen. Nach dieser Zeit haben sie sich den Bestimmungen des Gesetzes zu unterstellen, wenn sie neuer Lehrlinge antreten wollen. Während der ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten, also bis 1. Oktober 1913, darf die Zulassung zur Meisterprüfung vom Besitzer der Gesellenprüfung nicht abhängig gemacht werden.

Diefer "kleine" Befähigungsnachweis ist eine weitere nicht unerhebliche Konzession an das Büntlerium. Dieses ist damit aber nicht zufrieden; es verlangt fächeratisch die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises im Rahmen des Zwangsinnungswesens.

**Zusammetritt der Parlamente.** Der Reichstag wird am 4. November zusammentreten, der preußische Landtag am 20. Oktober.

**Reichstagswahlen.** In den letzten Wochen haben einige Nachwahlen zum Reichstag stattgefunden, in denen die Sozialdemokratie in größerem Maße beteiligt war. In Ludwigshafen-Speyer war die Nachwahl durch den Tod eines Genossen Schärdi notwendig geworden. Das Mandat wurde mit großer Mehrheit und einem beachtlichen Stimmenzuwachs von der Sozialdemokratie behauptet. Gewählt wurde der Abgeordnete Bürgermeister Binder in Ludwigshafen. In Hünfeld-Börsenfeld mußte ebenfalls wegen Todesfalls neu gewählt werden. Der Kreis war vorher durch einen Agranar vertreten. Das Mandat blieb den Konservativen. Der Landwirt Kleve siegte in der Stichwahl gegen unseren Kollegen Heinrich Rieke-Braunschweig.

**Steigende Preise und sinkende Löhne** sind die Signatur des deutschen Bergbaus. Trotz der Wirtschaftskrise sind die Kohlenpreise in Deutschland noch weiter gestiegen. Um nur die günstigsten Kohlenarten anzuführen, seien folgend genannt:

	Juli 1908 pro Tonne A.	Juli 1907 pro Tonne A.	Steigerung Prozenten
Niederschl. Gas- und Stücklohle	19,—	16,80	18,1
Oberschl. Gas- und Stücklohle	14,20	12,—	18,3
Ausfuhrlohle Dortmund	12,75	12,50	2,0
Wiedelslohle Dortmund	11,—	10,80	1,8
Hannoversche Saarbrücken	13,40	12,80	4,7
Bettlohle Saarbrücken	12,75	12,20	2,9

Nach einer Melbung hat die königl. Betriebsdirektion in Bafz (Oberhessen) die Preise für Stücklohle, Stücklohle und Würfellohle um weitere 50 Pf. erhöht. Während in anderen bergbaubetreibenden Staaten, z. B. in England, die Kohlenpreise infolge der wirtschaftlichen Depression um 10 Pf. und noch mehr gesunken sind, halten sich die uns die Preise. Die Bergkapitalisten vertreten ihr Geschäft! Den inländischen Konkurrenten werden Preise abverlangt, die die Existenzfähigkeit vieler Betriebe in Frage stellen, dafür wirkt man Millionen

Tonnen Kohlen zu Schleuberpreisen nach dem Auslande ab. Die Ausfuhr ist im fortgesetzten Steigen begriffen, während die Einfuhr von Kohlen sinkt. Das ist der Boden, auf dem die Syndikatspolitik ihre Orgeln feiert.

Als würdige Ergänzung dieser Seite der Syndikatspolitik erachtet dabei die Verkürzung der Arbeiterschicht. Von den 800000 der Bergarbeiter im Altbetrieb hat der Deutsche Bergarbeiterverband festgestellt, daß sie im Durchschnitt im dritten Quartal 1907 M. 4,99, im ersten Quartal 1908 M. 4,87 und im zweiten Quartal 1908 nur noch M. 4,82 betrugen. Die Lohnsenkung zeigt sich in Hüberbergbau bei allen Bergleuten nicht gleichmäßig. Vornehmlich sind es die Hauer, die Haare lassen sinken, wie folgende Zahlen über den Durchschnittslohn der Hüberbergbau zeigen. Es verdienten:

	Eigentliche Bergarbeiter Hauer (60 Pf.)	Sonstige untertümliche Arbeiter (28 Pf.)	Arbeiter über Zolle (19 Pf.)	Jugendliche Arbeiter (3 Pf.)
4. Quartal 1907	6,14	4,15	3,96	1,40
1. Quartal 1908	5,94	4,09	3,89	1,40
2. Quartal 1908	5,85	4,09	3,93	1,38

Der Hauerlohn ist also durchschnittlich um 29 Pf. gefallen pro Schloß. Und das innerhalb der kurzen Zeit. So handelt also die Kohlenbarone: Ausflösung des Rosse durch unterschätzte Kohlenpreise und Beleidigung ihrer Arbeiter durch Lohnkürzungen. Jedenfalls will man zu einem neuen Generalstreik ansetzen.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen beichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

### Zügung von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

**Hansastädte:**  
Hamburg (Sperre über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grashbrook), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

##### Schleswig-Holstein:

Trittau (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle Meierei in Möhnen), Rendsburg (Sperre über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlshütte), Geesthacht-Lauenburg (Sperre über Basadow in Krümmel, Grünhof, Tesperhude);

##### Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Holdorf), Ahrenshop a. Fischland (Sperre über Helm);

##### Brandenburg:

Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), Fürstenwalde (Sperre über Pätz), Mittenwalde (Sperre über Spreezwitz & Schadow), Jüterbog (Sperre über alle Bauten des Unternehmers Lehmann aus Torgau, über Niendorf und über Schäfer, Bau Militär in Kaltenborn), Zossen (Differenzen bei der Firma Britz in Klausdorf);

##### Ost- und Westpreußen:

Hammerstein (Sperre über Kofahl und Karge), Osterode (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

##### Sachsen:

Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grobelwitz); **Königr. Sachsen:** Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsamt, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse), Leutzsch (Sperre über die Eisengiesserei E. Becker & Co.), Knauthleberg (Sperren über David Dudley und L. Loos), Saupsdorf bei Zwickau (Sperre über Berger aus Schönheide), Mülsen (Sperre über Ferd. Döhr in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf), Grimma (Streik);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Kenschburg (Sperre über Bautzmann aus Lützen), Weissenfels (Sperre über Oskar Paasche, Bahnhof Corbeta);

##### Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), Ronneburg (Sperre über Kretschmar);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wittingen (Streik), Stadthagen (Sperre über Pape in Nordsehl und Pape in Helpsen), Misburg (Sperre über die Zementfabrik "Germania"), Munster, Westerstede u. Umgegend (Differenzen), Visselföhrde (Differenzen), Nordenham (Sperre über die Bauten der Metallwerk Aktiengesellschaft), Giesmarode (Sperre über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), Grussendorf (Sperre über Thiele aus Lehrte), Holzhausen (Sperre über Ringe);

##### Hessen:

Rinteln (Sperre über Ackermann in Oberkirchen und Ebeling in Vehlen), Griffen (Sperre über Fröhlich aus Gensungen);

##### Westfalen und Rheinland:

Eilendorf-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfürth aus Gerresheim und über die Arbeiten der Firma Dieder & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), Düsseldorf-Benrath (Sperre

über Zensen), Kaiserswerth (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), Castrop (Sperre über Lamperte und Vellemer), Minden (Sperre über den Bau des Unternehmers Fiege in Berkhausen);

##### Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Fassloch (Sperre über Steidel), Mühlhausen (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal), Strassburg (Sperre über Schüttler);

##### Fliesenleger:

Crefeld (Streik), Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhnenbrück & Matheis), Cöln und Düsseldorf (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Kiel (Differenzen).

##### Isolierer und Steinholzleger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Moltkestr. 23).

##### Schweiz:

Olten (Streik);

##### Oesterreich:

Karlbad, Triest;

##### Dänemark:

Aalborg. Feuerungsanlagen auf der Gasanstalt. Ausführende Firma ist die Stettiner Chamottefabrik.

##### Gau Berlin:

In Jüterbog versuchen es die Unternehmer fortwährend, den Lohn zu tunzen. Der Unternehmer Lehmann aus Torgau führt auf dem Schießplatz Arbeiten aus und zahlt statt 50 Pf. nur 47 und 48 Pf. am Schießtag aus. Nachdem die Sperre über diese Bauten verhängt worden war, legten die Kollegen von Jüterbog die Arbeit nieder. Leider sind aber acht Kollegen vom Zweigverein Torgau nicht zu bewegen, sich den Vorgesetzten ihrer Mitkollegen anzuschließen, sie arbeiten als Streitbrecher weiter. Der Unternehmer Reinhold zahlt in Wallerhausen nur 42 Pf., obwohl der Lohn seit Jahren 45 Pf. beträgt. Die Kollegen legten dort die Arbeit nieder. Nebenläufige Arbeiten dieses Unternehmers ist die Sperre verhängt worden. Ein Bau Militär in Raltsborn führt. Schäfer aus Jüterbog die Arbeiten aus. Hier legten acht Kollegen die Arbeit nieder, weil ihnen der Lohn um 5 Pf. gefürzt werden sollte. Auch dieser Bau ist gesperrt worden.

In Straßberg ist die Sperre über Vieregg angefangen, nachdem er sich bereit erklärt hatte, den üblichen Lohn weiter zu zahlen. Es wird nun versucht werden, auch die übrigen Unternehmer zur Unterstellung der bisherigen Bedingungen zu zwingen. In Brandenburg ist vom Unternehmer Reinhold der Lohn um 5 Pf. gefürzt worden. Die Verhandlungen mit Brück sind resultlos verlaufen. Die Mitgliederversammlung am 27. September wird jedenfalls die Sperre beschließen. Wer erzöglich deshalb, diese Arbeiten zu meiden. In Begehrshausen ist die Sperre über Hartmann beendet. Die bisherigen Löhne werden wieder gezahlt.

##### Gau Bremen:

In Delmenhorst haben die Bauarbeiter auf der Vinzolumfabrik "Ganta" bei dem Unternehmer Löhrlein, der dort einen großen Schuppenbau aufführt, die Arbeit niedergelegt. Anfangs dazu gaben die Unterbrecher und Schlägne durch den Polizei rep. durch den noch sehr jugendlichen Sohn des Herrn Löhrlein. Dieser noch nicht lange der Schule entwachsene junge Mensch führt die Aufsicht über die Arbeiten von einem eigens zur Bedienung erbauten Gerüft. Er zählt die Steine, die ein Maurer in der Minute vermauert und berechnet danach die Leistung. Die Bauarbeiter müssen sich die größten Kalkstoffe ausführen, und wer da nicht mittragen will, erhält Peinabend. Diese Schlägne wollten sich die Bauarbeiter nicht länger gefallen lassen und haben dieshalb am 24. September morgens die Arbeit eingestellt. Da aber in dem bestehenden Vertrag des Baufirms enthalten ist, daß vor Ergründung eines Maßzuges, sie mögen einen Grund haben, welche wollen, zuerst die Schlichtungskommission zusammentritt, so betrachten die Unternehmer die Arbeitsniederlegung als ein Vertragsbruch und verlangen jetzt, daß erst die Arbeit wieder aufgenommen wird, bevor sich eine Schlichtungskommission mit der Sache befagt. Die Unternehmer drohen in einem Schreiben vom 25. September, daß sie, wenn bis Sonnabend, den 26. September, die Bauarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen, am Sonntag morgen die Schließung sämtlicher Bauschäfte in Einigung ziehen wollen. Es scheint, als wenn sich die Unternehmer gerne des Vertrages entledigen möchten, da der Vertrag vom 1. Oktober d. J. an für alle drei Berufe eine Lohnrechnung von 26 Pf. pro Stunde vorstellt. Nur ist die Arbeit am 28. einstweilen wieder aufgenommen worden.

##### Gau Breslau:

Im Hundsfeld konnte am 20. September endlich die am 20. Juni verhängte Sperre über das Baugeschäft von Wetter in Bielefeld als aufgehoben erklärt werden, indem der Geschäftsinhaber seinen Beitritt zum Arbeitgeberbund erklärt, womit die tarifmäßige Zahlung der Löhne verbunden ist. Bekanntlich verfolgen immer einzelne Elementen der Unternehmer, sich die schlechte Konjunktur zu nutzen, indem sie niedrigere Löhne zu zahlen versuchen. Um so höher ist aber hier der Erfolg zu veranlagt, da es weiter trotz der kolossal Arbeitslosigkeit im Baugeschäft, nicht gelang, genügend Arbeitswillige zu kontrahieren, so daß er nach vierzehnmonatigem Kampfe doch nachgeben mußte. Wetter zahlt vor der Sperre in Hofeld (zum Breslauer Tarif gehörig) 40 Pf. pro Stunde und muß jetzt die tarifmäßigen 55 Pf. zahlen. Ein neues Beispiel für die Notwendigkeit der Organisation.





Der Vertreter von Th. & St. rechtfertigte das Vor-  
gehen seiner Firma. Diese habe die Arbeiten für den Fabrik-  
neubau in Gögglingen zu einer Zeit übernommen, wo der  
Tarifvertrag für das Baugewerbe noch nicht in Geltung war  
und sei damals die Verpflichtung eingegangen, die Arbeit  
nach vor Beginn des Winters fertigzustellen; dazu habe  
man von Anfang an mit Überstunden rechnen müssen.  
Nunmehr dränge die Fertigstellung, doch der Bau noch vor  
Winter fertig werde, das Sommer über sei der Fabrik-  
betrieb in Holzbarakaten aufrecht erhalten worden; im Winter  
aber könnten die Arbeiter in den Holzbarakaten nicht be-  
schäftigt werden, weil dieselben nicht heizbar wären, ja aus  
feuerpolizeilichen Gründen überhaupt nicht geheizt werden  
dürften; die Verarbeitung von neuen Garnen in ungeschützten  
Räumen aber sei schon aus technischen Gründen unmöglich.  
Doch die Fabrik andere Dispositionen weder treffen könne  
noch wolle, so müsse er darauf bestehen, daß seine Firma  
Überstunden-machen lassen dürfe, um die rechtzeitige Fertig-  
stellung des Hauses zu ermöglichen. Hebrigens werde auf  
die Arbeiter schleier Zwang ausgeübt, Überstunden zu  
machen. Die Arbeiter drängten sich vielmehr selbst zu den  
Überstunden, um mehr zu verdienen, insbesondere die  
Wohmener und Italiener, die bei den Überstunden hauptfäch-  
lich in Betracht kämen. Würde die Firma diesen Arbeitern  
keine Überstunden gestatten, so würden sie die Baufälle  
verlassen und einen lohnendere Beschäftigung aufsuchen; ein  
Ersatz für so viele italienische Arbeiter, die die Firma zu  
Erdaarbeiten benötige, sei jedoch schwerlich zu finden. Die  
übrigen Vertreter der Arbeitgeberseite stimmten diesen  
Ausführungen im wesentlichen zu. Sie betonten, daß der  
Arbeitgeber mit Rücksicht auf die schwere Verantwortung  
die auf ihm laste, in seinem eigenen Interesse nur in Not-  
fällen Überstunden arbeiten lasse. Ob aber Überstunden  
 erforderlich seien, darüber könne nur der Arbeitgeber ent-  
scheiden; es könne ihm nicht zugemutet werden, in jedem  
Falle seine Arbeiter vorher um Erlaubnis hierzu zu fragen.  
Wenn es nun um das technische Gelingen eines Bauwerks  
handelt, dürfe nicht in kleinster Weise vorgegangen werden.  
Der Fall der Gögglinger Radfadenfabrik sei ein Ausnah-  
fall, der die Überstunden rechtfertige.

Namens der Arbeitnehmerorganisation brachte deren  
Geschäftsführer vor, daß bei der Firma Th. & St. notorisch  
ständig Überstunden gemacht würden, ohne daß hierzu eine  
besondere Rücksichtnahme bestünde. Auch im Falle der Gögglin-  
ger Radfadenfabrik liege eine Verleugnung des Tarifvertrages  
vor. Man könne sich nicht darauf berufen, daß die Neu-  
bauten bis Winter fertig werden müßten, weil dies nach  
Zage der Verhältnisse trog. Überstunden gäbe nicht mehr  
möglich sei. Zum mindesten seien die Überstunden beim  
Schedau unzulässig, weil derselbe nicht als Erhalt des ab-  
gebrannten Gebäudes, sondern als Erweiterung des Fabrik-  
betriebes gedacht sei. Die Baumzima dürfe auch auf das  
ausdrückliche Verlangen von Arbeitern keine Überstunden  
gewähren, weil sonst der Zweck, der mit Abschluß des Tarif-  
vertrages verfolgt wurde, vereitelt wäre. Wenn ferner nun  
der Arbeitgeber zu bestimmen habe, wann Überstunden  
ausnahmsweise gemäß § 3 des Tarifvertrages zulässig  
seien, so habe der Tarifvertrag für die Arbeitnehmer keinen  
Wert. Durch den Vertrag seien, aber Verpflichtungen für  
beide Teile begründet.

Auf Frage des Vertrauensmannes, Arbeitsschreiters  
Walter, erklärte der Vertreter der Firma, es sei technisch  
unmöglich, die Arbeiten am Hauptgebäude durch Hinüber-  
nahme der am Schedau beschäftigten Arbeiter so schnell  
zu fördern, daß Überstunden unnötig würden. Die Arbeit-  
ten könnten nur durch größere Stundenzahl, nicht durch eine  
große Anzahl von Arbeitern beschleunigt werden, denn die  
Zahl der verwendbaren Arbeiter sei beschränkt, auch der  
Schedau diene als Ersatz des abgebrannten Gebäudes,  
was von dem Vertrauensmann, Schreinermeister Brätsch,  
dahin bestätigt wurde, daß die Fabrik beabsichtigte, einen  
Teil des früher in dem Hauptgebäude untergebrachten Be-  
triebes aus Gründen der Feuersicherheit und Hygiene, in  
den Schedau zu verlegen; eine Vergroßerung des Betriebes  
sei damit nicht verbunden. Der Vertreter der Firma be-  
kritt sodann auch, daß der Bau bis Winter nicht fertig  
werde, und stelle sich auf den Standpunkt, daß der Tarif-  
vertrag es nicht verbiete, Arbeiter, die sich freiwillig zu  
Überstunden melden, hierzu zu verhenden, insbesondere,  
wenn die Arbeiter, wie die Italiener und Wohmener, nicht  
organisiert seien.

Nachdem so die gegenseitigen Auffassungen genügend  
auf Ausprägung gekommen waren, schlug der Vorsitzende eine  
Einigung auf folgender Grundlage vor:

Die Firma soll anstreben, daß sie im allgemeinen  
nicht zu Überstunden berechtigt sei; die Arbeitnehmer-  
organisation dagegen soll anstreben, daß an dem Bau in  
Gögglingen, als in einem Notfalle, sowohl die Arbeiter es  
mögliden, Überstunden gemacht werden dürfen, wenigstens  
bis zum 15. September.

Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten hierauf, daß  
sie von ihrer Forderung nicht zurückgehen könnten. Das  
Einigungskomitee holte seinen Schiedspruch dahin fallen, daß  
bei dem Neubau der Gögglinger Radfadenfabrik Überstunden  
nicht zulässig seien. Sodann solle es die prinzipielle Frage  
prüfen und entscheiden, ob trog des Tarifs auf Grund be-  
sonderer Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer Überstunden gemacht werden dürfen. Die Ver-  
treter der Arbeitgeber drückten ebenfalls den Wunsch aus,  
daß über diese Frage eine prinzipielle Entscheidung herbe-  
geführt werde, im Falle des Neubaues der Gögglinger Fabrik  
erklärt sie nie mit dem Vorschlag des Vorsitzenden  
einverstanden.

1. Die Begründung des ersten Streitpunktes hat sich  
damit zu befreien, ob die von der Bauleitung bei dem  
Gögglinger Fabrikneubau angeordneten Überstunden einen  
Unbedenklichkeitssoll der im § 3 des Tarifvertrages zugelassenen  
Ausnahmen von dem allgemeinen Verbot der Überstunden  
bilden. Die einschlägige Bestimmung des § 3 lautet:

Überstunden sowie Nacharbeit, Sonntagsarbeit und  
Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen  
auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten und dürfen im  
wesentlichen nur gefordert werden, wenn durch deren Unter-  
lassung Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen  
eintreten, wenn Schäden durch Naturereignisse zu ver-  
hindern oder zu beheben sind; ferner bei dringenden  
Reparaturen und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken  
oder bei ähnlichen Arbeiten.

Aus der Fassung dieser Bestimmung geht klar hervor,  
daß die Aufführung der einzelnen Ausnahmefälle nicht er-  
schöpfend, sondern nur beispielhaft ist. Der Ausdruck  
„ähnliche Fälle“ läßt darauf schließen, daß das Verbot der  
Überstunden nicht allzu eingeschränkt, etwa zum Schaden des  
Gelingens oder rechtzeitigen Fertigstellens eines Bau-  
werkes genommen werden darf. Unter diese „ähnlichen Fälle“ ist auch der gegenwärtige einzurieben. Die tat-  
sächlichen Ausnahmen des Vertreters der Firma sind nicht  
bestritten. Demnach steht fest, daß es diese Firma über-  
nommen hat, die beiden Bauten, Haupt- und Schedau, noch  
vor Eintritt des Winters fertigzustellen. Sie muß also  
alles daran setzen, diese Verträge zu erfüllen. Das fordert  
aber nicht nur ihr eigenes Interesse und das der Fabrik,  
auch die Interessen der in Gögglingen beschäftigten Fabrik-  
arbeiter lassen es dringend wünschenswert erscheinen, daß  
diese Bauten unter allen Umständen rechtzeitig fertiggestellt  
werden, weil sonst die Arbeiter im Winter nicht beschäftigt  
werden könnten und daher brotlos würden. Abgesehen von der  
Möglichkeit auf das Wohlgehen der Arbeiter, wäre es  
im Winter schon rein technisch unmöglich, in den unge-  
heizten und unbewohnten Holzbarakaten, die im Sommer ihren  
Zweck erfüllen mögen, naßses Garn und Faden zu ver-  
arbeiten. Die durch Überstunden beschleunigte Fertig-  
stellung der Bauten rechtfertigt sich auch dadurch, daß diese  
Bauten als Ersatz für das abgebrannte Fabrikgebäude zu  
dienen bestimmt sind, und zwar gilt dies nach den oben  
angeführten Erklärungen des Herrn Brätsch auch für den  
Schedau. Dieser ist so notwendig, wie der Hauptbau, soll  
die Fabrik nicht gezwungen sein, einen Teil der Arbeiter  
zu entlassen. Eine Meinungsverschiedenheit besteht noch  
darüber, ob die Gebäude überhaupt noch vor Winter-  
eintritt unter Dach kommen. Das Einigungskomitee ist natür-  
lich nicht in der Lage, zu dieser technischen Frage Stellung  
zu nehmen. Es ist aber der Auffassung, daß in einem  
solchen Notfalle die ausführende Baufirma nichts unterdrücken  
lassen darf, um ihren Verpflichtungen nachkommen. Aus  
diesen Gründen kommt es, daß Einigungskomitee nicht ent-  
schieben, die Forderung der Überstunden seitens der  
Firma für unerreichbar zu erklären.

2. Die weitere Frage ist, ob dem Einigungskomitee zur Ent-  
scheidung vorgelegt ist, ob von weittragender Bedeutung  
ist, wohl die wichtigste Rechtsfrage des Tarifvertrages.  
Denn wenn Sondervereinbarungen zwischen Arbeitgebern  
und Arbeitnehmern über Überstunden zulässig sind, dann  
folgt daraus, daß auch alle übrigen Bestimmungen des  
Tarifvertrages, z. B. über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Auf-  
lösung des Arbeitsvertrages — durch eingegangene  
Sondervereinbarungen zwischen den Arbeitgebern und Ar-  
beitnehmern aufgehoben werden können. Das Einigungskomitee  
war sich alsdal klar, daß im Verhältnis zwischen  
organisierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern Sonder-  
vereinbarungen, die mit dem Tarifvertrag im Widerspruch  
stehen, nicht getroffen werden können. Das würde dem  
Wesen und Zweck des Tarifvertrages zuwiderlaufen. Es  
geht nicht an, Mitglied einer Arbeitgeber- oder Arbeit-  
nehmerorganisation zu sein und jüng über die Verträge, an  
die die Organisationen und deren Mitglieder gehunden  
sind, hinwegzugehen. Soll der Tarifvertrag die Wirkung  
haben, die man von ihm erwartet — nämlich Schaffung ge-  
regelter Ruhrtäte durch Abstimmung der Arbeitsbedingungen  
und Beseitigung unlauterer Konkurrenz — so muß der  
Vertrag zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer zwingend Recht in der Weise schaffen, daß  
Sondervereinbarungen bei Abschluß der individuellen Ar-  
beitsverträge dem Reiselein der vertragshüllenden Zeile  
entzünden sind. Mit dieser Entscheidung hat sich das Einig-  
ungskomitee auf den Standpunkt gestellt, der schon in einer  
Reihe von Schiedsgerichten und Urteilen der Gewerbe-  
gerichte zum Ausdruck gekommen ist. Ob man aber noch  
einen Schritt weiter gehen darf und Sondervereinbarungen  
durch die zwingende Kraft des Tarifvertrages auch dann  
ausgeschlossen haben will, wenn der Arbeitgeber der Organisa-  
tion angehört und von Seiten eines nichtorganisierten  
Arbeiters der Wunsch laut wird, zu tarifwidrigen Bedi-  
ngungen zu arbeiten, oder wenn ein organisierte Arbeiter  
die Möglichkeit und den Wunsch hat, bei einem nichtorganisierten  
Arbeitgeber zu tarifwidrigen Bedingungen Stellung  
zu finden — ob z. B. im gegenwärtigen Falle die Firma  
Th. & St., abgesehen von den Ausnahmefällen des § 3  
des Tarifvertrages, mit einem nichtorganisierten böhmischen  
oder italienischen Erdarbeiter Überstunden vereinbaren  
darf, wenn der Betreffende dieses verlangt —, über die-  
seheute noch völlig ungeläufige Frage ist ein Schiedsgericht nicht  
zu Stande gekommen. Bei Stimmengleichheit der einander  
gegenüberstehenden Anträge hat der Vorsitzende von seinem  
Rechte Gebrauch gemacht, sich der Stimme zu enthalten  
(§ 71 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgesetzes).

Soweit der Schiedsgericht. Bemerkten wollen wir noch,  
daß die Firma nur noch einen Tag Überstunden machen  
soll; als sie aber hörte, daß es nicht mehr gehe, weil  
die Nacht antritt, da war der Profit auf einmal mehr  
wert, als alle Überstunden; es wurden keine mehr gemacht.  
Doch diesem zu urteilen, müssen es andere Gründe ge-  
wesen sein, die die Firma veranlaßten, Überstunden zu  
verlangen. Das eine scheint aus der Haltung der Firma  
herzugehen, daß die Wahrheit nicht die stärkste Seite  
der Unternehmer ist.

Danzt. Unter den Unternehmern gibt es doch immer  
noch sonderbare Fälle. Einige können sich durchaus nicht  
mit der Tatsache abfinden, daß sie jetzt gehalten sind, den  
Arbeitern die ihnen tariflich zustehenden Löhne zu zahlen.  
Der Unternehmer Janzen in Langenföhren, ein Rentner  
mann vom Scheitel bis zur Sohle, führt einen Neubau in  
der Birkenallee auf. Er glaubte nun, daß durch die lange  
Arbeitslohnfrist verdeckte Notlage unserer Kollegen aus-  
nutzen zu können und bot ihnen einen Lohn von 45,-  
Es wollte also unser Kollegen 90,- für den Tag weniger  
zahlen, und das glaubte er in seiner Eigenschaft als Mit-  
glied der Kirchenbauförderung seiner Gemeinde jugdlich  
zu sein. Den Gewerbevereinsvorsitzenden, der in sachlicher  
und beredener Weise bei ihm vorstellig wurde, beschimpfte  
er als Heber, der von den Arbeitern lebe. Diese  
Heber waren allein schuld daran, daß die Maurer nicht mit  
dem Lohn zufrieden wären, den der wohlwollende Unter-  
nehmer ihnen zahlte. Früher wäre das alles anders ge-  
worden, da hätten die Unternehmer mit den Arbeitern  
harmonisch zusammen gearbeitet. Auf den sachlichen Ein-

wurf, daß es doch nicht christlich sei, wenn man sich auf  
Kosten der Arbeitnehmer bereichert, und, ihre Röilage aus-  
nutzend, den Lohn um 9,- reduzierten wolle, erklärte der  
zumame Mann, wer für 45,- nicht arbeiten wolle, sollte es  
bleiben lassen. Dann kam noch die bessere Gehälste und  
meinte: „Habt Dich doch nicht mit dem Menschen auf!“  
Schließlich kam noch der Sohn, der wohl noch die Schulbank  
drückt und sprach wie ein Besessener: „Ich fordere Sie auf,  
den Bau zu befreisen!“ Da dieser junge Mann sein Opfer  
aber gar nicht ansah (er war immer nach einer anderen  
Richtung), war Kollege Brinkmann im Zweifel, ob es ihm  
gelten solle. Was den Geistern mache er dies schriftlich aber  
doch entnehmen, worauf er denn die fröhliche Stadt  
verließ. Ganz fruchtlos war diese Vorstellung aber doch nicht,  
denn an anderen Tage wollte der Unternehmer schon 50,-  
zahlen und am folgenden Tage versprach er den Kollegen  
dann 54,-, wenn sie in Altford arbeiten wollten. Als der  
Vorstand dann an der zu hoher Forderung der Kollegen  
schlechter sah, zog er sein Versprechen zurück und wollte wieder  
nur 50,- zahlen. Auf erneute Verhandlungen ein erklärte  
er sich schließlich bereit, den Lohn von 54,- von der  
zweiten Woche an zu zahlen. Für die erste Woche zu zahlen  
weigerte er sich, da die Kollegen sich verpflichtet hätten, diese  
Woche für 50,- zu arbeiten. Beider bestätigte sich dies.  
Das ist eine Handlung, die gar nicht sehr genau ver-  
urteilt werden kann, denn es handelt sich doch um die Er-  
haltung unseres tariflichen Lohnes, an dem unter keinen  
Umständen gerüttelt werden darf.

**Deutsch-Schrawarn.** Von den hiesigen Kollegen sind  
viiele, die sonst jedes Jahr in Norddeutschland und zwar in  
Hessen-Westfalen, Kiel, Berlin usw. arbeiten, infolge der  
schlechten Baufonction, die dort überall herrschte, hier  
zurücksieben. Da aber hier, im südlichen Teile des  
Kreises Altona zu wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, so  
ist viele von den Kollegen im nahen österreichischen  
Industriebezirk Mährisch-Ostrau in Arbeit getreten, wo dieses  
Jahr eine gute Bauaktivität ist. Die meisten unterlaufen  
abgänglich, sich dort anzumelden, um sich der Beitragspflicht  
zu entziehen. Da ganze Bauten von solchen Kollegen be-  
setzt werden, und dann noch unter einem Polier, dem  
unreine Organisation ein Dorn im Auge ist, so ist es sehr  
schwer, ihnen beizukommen und sie an ihre Pflichten zu  
erinnern. Es ist aber traurig, daß Kollegen, die drei bis  
vier Jahre der Organisation angehört haben, daß sie sich jetzt hier, wo eine  
genuine Kontrolle noch nicht durchgeführt ist, einer  
Bummelkette hingeben, die sie alle Rechte an die Organisation  
verlieren läßt. Und hauptsächlich sind es die jüngeren  
Kollegen, die unseren Verband so schädigen und uns die  
Agitation erlösen. Da zu erwarten ist, daß sobald die  
Bauaktivität im nördlichen Deutschland sich befreien wird,  
auch diese Kollegen dort auftauchen und sich wieder frisch  
einzuschreiben lassen; so eruchen wir die betreffenden  
Sondervereine und Vorstände bei Aufnahme der darum nach-  
stehenden Kollegen aus hiesiger Gegend, streng nach dem  
Statut zu verfahren, damit der Laubheit solcher Kollegen  
endlich ein Ziel gesetzt wird.

**Frankfurt a. M.** Am 20. September fand im Ge-  
werbehaus eine Generalversammlung (Delegierten-  
versammlung) des Zweigvereins statt, die von 100 Dele-  
gierten aus 85 Fabrikhallen besucht war und acht Punkte  
auf Erledigung wartete. Der Kollege W. Schneider gab  
den Geschilderungsbericht. Durch die Lohnbewegung im Früh-  
jahr war es notwendig, am 16. Juni eine Generalver-  
sammlung abzuhalten; jedoch war damals das zweite  
Quartal noch nicht abgeschlossen. Durch die eigenartige  
Gliederung des Zweigvereins ist es aber auch nicht gut  
möglich, die Delegierten allzuwohl zusammenzurufen, da  
dies für einen Teil immer mit größeren Schwierigkeiten  
verbunden ist. Es konnte deshalb der Bericht vom zweiten  
Quartal nicht früher gegeben werden, so daß der Bericht  
bis auf heute, also auch für das dritte Quartal gegeben  
werden muß. Gegenüber den Vorjahren kann diesmal  
nicht über große Erfolge berichtet werden; wir befinden  
uns infolge des wirtschaftlichen Niederganges in einer  
gewissen Aufschwung. In einigen Orten und Städten  
wurde die tariflich festgelegte Arbeitszeit nicht eingehalten,  
so in Homburg bei der Firma Werner aus Siegen, Firma  
Höglmann & Co. (Offizierswaren) Faltemer i. Th., in  
Wiesbaden a. M., Dietesheim, Düsseldorf; es gelang je-  
doch überall, Rücksüte zu schaffen. Am Bahnhof in Wies-  
baden fand eine Firma aus Cöln Bauarbeiten aus, die eben  
nach 11 Stunden arbeiten sich dort mußten die Kollegen  
durch Drohung mit Ausschluß aus der Organisation ge-  
zwungen werden, die zehn Stunden Arbeitszeit einzuhalten;  
es war jedoch nicht böser Wille der Kollegen, sondern  
eher Angst vor der Entlassung. Diese Firma gehört nicht  
zum Unternehmerverband. Auch einige Fälle, wo weniger  
Lohn geahlt wurde, sind zu verzeichnen; wir mußten  
eingreifen und hatten auch Erfolg. Die Lohnbewegung der  
Spezialbranchen (Kleinfleischer, Bäcker und Brotbacker),  
die bekanntlich durch den Streik der Kleinfleischer  
zur Aufspaltung der Bäcker und Brotbacker führte und  
eine Anzahl Maurer in Mitteldeutschland zog, hatte für die  
Spezialbranchen Erfolg, jedoch werden die abgeschlossenen  
Verträge infolge der Laubheit der Kollegen nicht konsequent  
durchgeführt. Bezuglich der Agitation ist zu verlängern, daß  
die Fabrikallenvorwaltungen nicht die nötige Aufmerksam-  
keit für die Anregungen des Ausschusses an den Tag legen  
und daß Anregungen der Gewerbevereine die zugesandten Fragen  
wenig entweder sehr spät oder gar nicht an den Ausschuss  
zurücksenden; dies misst für die Zukunft anders werden. Auch auf den Baustellen mußten sich die Ver-  
waltungspersonen besser betätigen, dann würde manches  
der Krise, anders sein. Nicht der Organisation den  
Müden lehren, sondern immer neue Anhänger für die  
Organisation zu gewinnen, sei Pflicht aller Kollegen. Die  
Unternehmerorganisationen nehmen immer mehr zu,  
dies misst nicht den allgemeinständigen Arbeitern überzeugen,  
daß die Organisation notwendig sei. Bedauerlich ist,  
daß die Kollegen immer sagen, es ist uns resp. der Orga-  
nisation nicht gelungen, dies oder jenes durchzusetzen.  
Als ob die Kollegen allein allein die Laubheit seien, ohne  
Beteiligung der Kollegen allein im Stande seien, ohne  
Beteiligung der Kollegen allein zu arbeiten. Den Kostenbericht  
vom zweiten Quartal gab Kollege Karl Schneider. Daraus  
ergibt sich für die Hauptklasse eine Einnahme und Ausgabe  
von M 36 818,80, wovon M 18 974 für die Lohnbewegung

der Spezialabteilungen verwendet wurden. Für die Zweigvereinsklasse beträgt die Einnahme einschließlich des Kassenbestandes vom ersten Quartal mit 65 488,49 — A. 80 279,04, dem eine Ausgabe von A. 11 691,23 gegenübersteht; hierauf ergibt sich ein Kassenbestand von A. 68 557,81, wovon A. 68 000 auf der Bank liegt und unter den Ausgaben befinden sich A. 2862,55 Brachte der Bahnhöfen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 6300. Der Rückgang der Mitglieder ist in der Hälfte auf die von den Bahnhöfen Frankfurt und Offenbach im Herbst vorigen Jahres abgerechnet und im Frühjahr infolge der schlechten Konjunktur nicht mehr zu verhindern. Mitglieder zurückzuführen. Berichtet wurden 63 775 Beitragszahler, für Extrabeiträge gingen noch A. 240,60 ein. Der Kassierer erjudete, daß die Zukunft um pünktliche Einzahlung der Quartalsabrechnungen, da immer einige Bahnhöfen nochmals genährt werden müssten, die Abrechnungen eingewenden. Auch sei mehr darauf zu achten, daß die Sendungen richtig frankiert würden; fortwährend sei Strafporto zu zahlen. Bei Unterhaltungsanträgen müßten stets die genügenden Beleidigungen vorhanden und die Beiträge voll geprägt sein, auch müßten die Abrechnungen besser geprüft werden; die meisten Kassierer vergessen, die Mitgliederbewegung anzugeben, besonders aber seien die Mietverhältnisse genau zu prüfen; bei der letzten Abrechnung waren in 88 von 115 Bahnhöfen Differenzen; da sind Unterschlägungen sehr leicht möglich. Da die Reibevioren berichtete Kollege Heine, beim Zweigvereinsstifter Bücher, Pausche und Mappen in Ordnung gefunden zu haben. An der Diskussion beteiligten sich 15 Kollegen, die teils Ausstellungen am Bericht machten, teils Anträge stellten, die durch Erklärungen der Berichterstatter klargestellt wurden. Im Punkt 2, Anträge aus den Bahnhöfen, lag ein Antrag der Bahnhöfe Frankfurt a. M. vor, die Arbeitslohnmarken aus der Zweigvereinskasse zu bezahlen. Er wurde dahin erledigt, daß der Zweigvereinsrat regulär die Delegiertenversammlung aufzubuchen, wurde gegen eine Stimme abgelehnt, weil die Generalversammlung von der Vollendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung voll überzeugt ist. Gegen den Vorladung des Ausschusses, auch für das Jahr 1908 den Geschäftsbereich deutlich herauszugeben und an die Mitglieder für 5,5 abzugeben, wurde nichts eingewendet. Der Punkt 3 wurde, da Kollege Hüttermann nach auswärts war, zurückgestellt und Punkt 4 verhandelt. Hierzu führte Kollege Zimmer aus: Die agitatorische Bedeutung, die die Baderbornen in den Arbeitsstellen früher hatte, ist zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges viel größer, aber ihr Wert wird vielfach verkannt. Viele Kollegen hätten ihre Bilder nicht auf Stelle, daran seien die Bahnhöfervorwerthungen zum Teil mit schuld, weil einem Teile derselben das nötige Verständnis dafür fehlt und deshalb nicht genügend Propaganda dafür gemacht würde. Das Verhältnis müsse jedoch für die nach vorzunehmenden Kontrollen in den übrigen Zweigstellen nachgeholt werden, nur wenn alle Kollegen mitwirken, könne die Kontrolle ihren Zweck erfüllen. Er rügt dann noch das Verhalten einiger Kollegen der Beauftragten der Organisation gegenüber, das verurteilt wurde. Zum Punkt 3, Herbstagitation, führte Kollege Hüttermann aus: Wir haben uns schon in allen Konferenzen und Generalversammlungen mit der Agitation befasst und beraten, was in Zukunft geschehen soll. In früheren Jahren hielten die Verhältnisse mit agitieren, das ist im gegenwärtigen Augenblick anders geworden. Ein Teil unserer Kollegen war mit dem Ausgang der Lohnbewegung nicht einverstanden, durch Arbeitslosigkeit und andere Dinge verängert und organisatorisch, diese müssen wir umgestimmen suchen. Wir haben nach den statistischen Feststellungen im Gau Frankfurt rund 6000 Kollegen weniger beschäftigt als sonst, aber auch rund 3200 Mitglieder im Gau, im Zweigverein Frankfurt a. M. allein 800, gegenüber dem höchsten Stand verloren (vergl. Kassenbericht). Diesem Mitgliederverlust muß entgegengewirkt werden. Nun sind bereits vom Hauptvorstande für Oktober eine Reihe Versammlungen ausgeführbar worden, aber das genügt nicht, wir müssen noch weitere Versammlungen abhalten, auch ist wieder, wie früher, Hausagitation zu betreiben. Auch auf den Bahnhöfen muß mehr als seither geschehen, wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen, man braucht nicht gleich davon aufzutun, sondern fest sich mit den Unternehmern oder ihren Vertretern einander auszutauschen, dann können wir auch bei der jetzigen Wirtschaftslage Herr der Situation werden. Vor dem 4. Oktober wird vom Hauptvorstande ein Flugblatt herausgegeben, dies ist von besonders dazu bestimmten Kollegen zu verbreiten, in Verbindung damit sind alle nicht organisierten und die in der letzten Zeit ausgetretenen Kollegen aufzufinden; auch mit deren Frauen muss man sich bei dieser Gelegenheit auseinandersetzen, um sie für unsere Sache zu interessieren. Ganz besonders aber muß dafür gesorgt werden, daß die Oktoberversammlungen gut besucht werden, damit sie ihren Zweck erfüllen; der Besuch der feierlichen Versammlungen reicht für diese nicht aus. Bei Punkt 5, Einberufung von Mitgliederversammlungen in den Bahnhöfen, folgt der Zweigvereinsausschuß vor, Sonntag, den 27. September, in allen Bahnhöfen die Rechtserstattung von der Generalversammlung vorzunehmen, um dadurch die Mitglieder anzuregen. Zu Punkt 6, Unterrichtsbeiträge, Bibliothek und Presse, führte Hüttermann aus: Die Bildungsfrage ist in den letzten Jahren anders aufgetreten als früher, es sind von Partei und Gewerkschaften Bildungsinstitute errichtet worden; sie reichen aber nicht aus, um alle die wichtigsten Fragen so zu besprechen, wie es notwendig wäre. Heute werden von einem führt viel mehr Kenntnisse verlangt als früher, deshalb war diese systematische Ausbildung notwendig. Was nicht es aber, wenn in den letzten Jahren in Berlin 120 bis 130 Arbeiter ausgebildet wurden, wenn wir nicht im ganzen Lande gegen die Unwissenheit antämpfen. Wir haben in den letzten beiden Jahren im Gau Unterrichtsbeiträge veranstaltet, die zwar anfangs gut, aber am Ende nur mangelhaft besucht wurden. Die Kollegen nehmen die Bildungsfragen sehr leicht, viele glauben, wenn sie einige

Unterrichtsbeiträge gehört haben, seien sie fertige Befreiten. Dem ist nicht so; wer ernsthaft bestrebt ist, kann in einigen Jahren sehr wohl viel lernen. In diesem Jahre soll es anders verlaufen werden, es soll zunächst ein Vortrag über die idealen Fragen gehalten werden, um einige Grundlagen zu schaffen und ein Vortrag über Kassen- und Verwaltungswesen. Ferner haben wir versucht, in Verbindung mit dem Gewerkschaftsrat und der Parteileitung, gemeinsam Vorträge halten zu lassen. Diese Frage wird in diesem Jahre aber nicht mehr spruchreif werden. Notwendig wäre, daß für den ganzen Main- und Rheingau, der ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet darstellt, ein gemeinschaftlicher Bildungsausschuß eingerichtet würde. Ganz besonders muß aber bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, daß mindestens die Bahnhöfervorwerthungen die Arbeitsergebnisse lesen; nicht aus den Kreisblättern und den Generalanzeiger können wir unsere Kenntnisse und Informationen schöpfen. Auch auf die Bibliothek muß hingewiesen werden. Wir haben in den letzten Jahren eine ganz umfangreiche Bibliothek angelegt, aber sie wird nicht in der Weise benutzt, wie dies zu wünschen wäre; die Verwaltungen müssen die Mitglieder zur Benutzung der Bibliothek anhalten. Schneider wies auf die in den letzten Jahren in den Bahnhöfen verhandelten Schriften hin, die in allen Bahnhöfen bereits eine kleine eigene Bibliothek darstellen, nur muß auch für die richtige Bewertung gesorgt werden.

**Mannheim.** Freitag, den 1. September, tagte hier eine Mitgliederversammlung, die besser besucht sein könnte. Der Kollege Eigentopf berichtete in ausführlicher Weise über die einzelnen Punkte des 10. Verbandsstages. Eine lebhafte Debatte entspann sich über das Missbrauchsproblem, über die Zweigvereine durch den Verbandsvorstand. Die Verschmelzung der Mauer und Bauhülfearbeiter wird mit Freuden begrüßt. Neben wirtschaftlichen Kritiken, die kritischen und Wirkungen, soll in nächster Zeit für Mauer mit Familien angezeigt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Münster.** Sonntag, den 20. September, hielt der Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der durch Kollegen Peters Bericht vom Verbandsstage gegeben wurde. Zuvor fanden zwei Angelegenheiten von interner Bedeutung ihre Erledigung. Zunächst eine Angelegenheit unserer unter christlicher Verwaltung stehenden Krautenthal. Unserer christlichen Brüder hatten nämlich um die freien Gewerbeschichten von der Verwaltung der Krautenthal auszuholen, in einer Generalversammlung, die nach dem Gesetz befähigungsfähig war, eine Änderung des bestehenden Wahlmodus vorgenommen, wodurch es den freien Gewerbschichten unmöglich gemacht wurde, ihrerseits Vertreter zu entsenden. Alles von uns begreifenden unternommenen Beschwerden bis hinauf zum Bezirksausschuß blieben erfolglos, die Versammlung beschloß daher, den Klageweg zu verfolgen, dem Vorstande wurde hierzu unbedrängte Vollmacht erteilt. Eine lebhafte Debatte verursachte sodann der Antrag des Vorstandes, den Kollegen Langbeinrich, der früher mehrere Jahre Vorsteher unseres Zweigvereins war, aus dem Verbande auszuschließen. Langbeinrich, der mit seinen Beiträgen zu einer Fazit rückständig war, hatte versucht, auf auftrügerische Art seine Beitragsmarke zu bekommen. Den Unterhaltern, die ihn an seine Pflichten erinnerten, wies er die Lur, dem Kassierer, Kollegen Schulz, der ihm 10 Marken zu 80 J. in sein Buch gefüllt habe, schuldet er noch jezt, nach neun Monaten, das Geld dafür. Unter Würdigung aller Umstände wurde Langbeinrich einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Sodann erstattete Kollege Peters den Bericht vom Verbandsstage. Zur etwa anderthalbjährigen Ausführung schärfte Redner dessen Verlauf. Alle Anwesenden gaben ihre Zustimmung zu den Handlungen des Verbandsvorstandes und sprachen denselben ihr volles Vertrauen aus.

**Denkhausen.** Am 26. September tagte hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Mauerer, Zimmerer und Bauhülfearbeiter. Kollege Scheid-Winden referierte über Kapital und Arbeit. Redner wünschte, daß die Arbeiter geschlossen gegen die Kapitalmacht vorgehen. Ferner sprach Redner dann noch über die politische Bewegung und über die christliche Organisation. Hierzu führte er aus: Wenn die Christlichen behaupten, für bessere Lohn und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, so wäre das eine freche Lüge, denn es kann niemals eine Organisation, die sich aus Pfaffen und Unternehmern zusammenseße, die Interessen der Arbeiter vertreten. Zum Schlus wünschte Redner den Zusammenschluß der Mauerer, Zimmerer und Bauhülfearbeiter. In "Beroldenes" wurde über die Sparte des Bauunternehmers Wiese verhandelt. Der betreffende Bau befindet sich im Zweigvereinsgebiet Minden, wo 45 J. Lohn gezahlt werden. Nun arbeiten, aber haben vielmehr vom Zweigverein Denkhausen dort vier Kollegen vor und während der Sperr für einen Stundenlohn von 40 J. gearbeitet. Hiergegen soll von den Zweigvereinsvorständen Minden und Osnabrück energisch vorgegangen werden. Zum Schlus wurden die Kollegen vom Vorstand ermahnt und aufgefordert, sich an der bevorstehenden Flugblattverbreitung und Agitationsversammlung zu beteiligen.

**Baderborn.** (Christliche Agitatorsmetode.) Am 17. September fand in der hiesigen "Domicilie" eine von christlicher Seite einberufenen öffentliche Mauererversammlung statt. Zu dieser Versammlung wurden die christlichen Kollegen durch ihre Vorstandsmitglieder vom Bau abgeholt und hingeführt. Auch wir waren hingegangen. Es waren ungefähr 100 Personen anwesend, davon 80 zu uns gehörten. Unter den übrigen befanden sich Zimmerleute, Bauhülfearbeiter, Mauerer und Unorganisierte. Als Referent war der am hiesigen Ort befreite Bezirksleiter Werner erschienen. In seinem Referat verstand er es ganz gut, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Baugewerbe zu schildern, ohne uns dabei im geringsten anzutasten. Infolgedessen hatten wir keinen Anlaß, in die Diskussion einzutreten. Wehemalige Auflösungen des Vorstandes, es möchten sich doch nur auf die Versammlungen beziehen, ob es gut steht es auf den kleineren Bauten und teilweise auch nicht in den Vororten. Allgemein schlecht ist dagegen der Versammlungsbesuch, so wohl in der Stadt, wie auf den Ortschaften. Obwohl wir und die größte Menge geben, die Versammlungen interessant und lehrreich zu gestalten, war es immer nur ein kleiner Teil Kollegen, der sie besucht. In mehreren Orten war es infolge des schwachen Besuches überhaupt unmöglich Versammlungen abzuhalten. Wir wollen an diesen Stellen keine Namen nennen. Betont muß aber werden, daß sich alle Kollegen, die die Versammlungen nicht besuchen, einer Berlegung der Organisationspflichten schuldig machen. Wir wünschen sehr, daß das in Zukunft besser wird. In diesem Frühjahr haben wir gemeinsam mit den Zimmerleuten und Bauhülfearbeitern 28 Versammlungen im ganzen

nicht vorher wußten! — ging es los. Da sich keiner zum Worte gemeldet hat, nehm ich an, daß alle Anwesenden mit meinem Referat einverstanden sind, und zwar auch die anwesenden Gegner. Dann ging es los über den Centralverband; eine Röbeli folgte der anderen. Zuerst erhielt der Verband, dann Bönnigburg seinen Einführungsschritt. Darauf kamen wir am Ort anwesenden Centralverbandsmitglieder an die Reihe. Es wolle zu bedauern, daß wir die Unverbindlichkeit belägen, in das heilige Baderborn zu kommen; die hiesigen Mauerer könnten im Winter dadurch feiern. Wir lädt den Menschen aus, denn er hatte gut schimpfen, wo ihm keiner mehr entgegentreten konnte. Es mag sein, daß sich die Christlichen einbilden, diese Versammlung sei ein Erfolg für sie gewesen. Sie mögen das deutet; aber verhältnisvollige Leute sagen, daß es nichts Erbärmliches gibt, als über einen wehrlosen Gegner herzujagen. Herr Werner denkt vielleicht, das wäre Christlich — dann danken wir für sein Christentum. Dann sind wir "Wilden" doch bessere Menschen!

**Bönnigheim-Culu.** Seit Frühjahr d. J. lädt es sich die Leitung des Zweigvereins besonders angelegen sein, die Organisation auch in den württembergischen Städten und Ortschaften zu stärken. Hauptfächlich gilt dies von Sägemheim, wo beinahe 70 Kollegen selbst sind; es gelang uns, einige Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Langsam, sehr langsam wollen die Kollegen zu greifen, daß es notwendig ist, sich zu organisieren. Die alten Ausreden: „Wenn der mittler, die tot auch mit“, beweisen eben, wieviel Aufklärungsarbeit hier noch notwendig ist. Eine wahre Fazit scheinen die Indifferenter vor Versammlungen zu haben, sonst könnte es nicht möglich sein, daß trotz mündlicher Agitation und Werbung von Hand getextet nur drei Nichtorganisierte in der letzten, am 20. September abgehaltenen Versammlung anwesend waren.

Kollegen von Sägemheim! Fühlt Ihr nicht, wie Euer Leistung und Kriege, die auch Culu nicht verschonten, auf Euch lasten? Wollt Ihr noch länger ein willloses Werkzeug in den Händen der Unternehmer sein? Und daß es so ist, solange Ihr nicht festgesetzt seid in der Organisation, beweist Euch der Unternehmer. Aber, der einen Kollegen für die Zeit, die er im Steinbruch als Steinbauer arbeitete, 3 J. pro Stunde weniger bezahlt als sonst als Mauerer. Bei dem System der Klassenlohn von 28 bis 45 J. in Culu vorbereitet, sind solche Voraussetzungen nicht selten. Macht Euch frei von dieser unwürdigen Wohnungsmethoden! Es ist höchste Zeit, daß Ihr endlich Eure Gleichheit erlangt. Seid einig und schließt Euch Eurer Organisation an, der Laufenden von Kollegen befreien Vorn und verlängre Arbeitszeit verbauen! Was anderwärts schon längst errungen ist, wird auch in Culu zu erreichen sein.

**Plauen i. V.** Am 23. September tagte im Gewerkschaftshause "Schillergarten" eine Mitgliederversammlung, die wiederum schlecht besucht war. Der erste Punkt der Tagordnung, Bericht vom Verbandsstage, wurde, weil kaum 50 Kollegen anwesend waren, zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Unter "Vereinsangelegenheiten" wurde vom Bureau ein Schreiben des Kartells verlesen, in dem die Kartellarbeiter verlangen, die Kartellbeiträge um 30 J. pro Jahr und Mitglied herabzusetzen. Dem stimmt man einstimmig zu und beschließt die Delegierten, im Kartell für diesen Antrag zu stimmen. Als Kartelldelegierter wurde für Kollegen Beuchold der Kollege Höflich gewählt. Kollege Schnitzel ermahnte die Kollegen, sich rechtzeitig an der Flugblattverteilung zu beteiligen. Man bedauerte, daß in Plauen keine Agitationsversammlung stattfindet. Kollege Schnitzel soll versuchen, den Kollegen Bönnigburg zu veranlassen, auch bei uns eine Versammlung abzuhalten. Weiter wurde die Geldgeschäfte mit dem Kollegen Peiß geregelt.

**Strasbourg i. S.** Wie überall, so stand in diesem Jahre auch hier die Privatbautätigkeit fast vollständig. Uns brachte kommt wohl fast einzig und allein der hohe Zinsfuß in Betracht, da von einem Überschuss von Wohnungen usw. nicht die Rede sein kann. Wenn es gleichwohl möglich war, in dem ersten halben Jahre nicht nur die hiesigen Kollegen, sondern auch ein Teil zugereiste Arbeit finden konnten, so lag das daran, daß eine unglaublich öffentlicher Bauten aufgeführt wurde. Vor allem waren es eine Kaserne, eine Schule, ein Waisenhaus und in letzter Zeit der Neubau des Ministeriums. Dabei kam es vor, daß in der einen Woche der Mauerer nicht ausreichend, während in der nächsten plötzlich arbeitslos wurden. Die Ursache hierfür liegt in der Baumauslastung. Das Betondensitättrum trug auch hier die Schuld. Es mußte an allen diesen Bauten oft ausgefertigt werden, damit diese Arbeiten nachdrücken konnten. Seit einigen Wochen hat die Arbeitsgelegenheit bedeutend nachgelassen, weil die größeren Bauten teilweise fertig geworden sind. Viele Kollegen haben sich anderweitig Arbeit suchen müssen, während sich andere arbeitslos noch in Strasbourg aufzuhalten. Rechnet man hinzu, daß die Bautätigkeit in diesem Frühjahr etwas spät anging, so muß gefagt werden, daß auch der Straburger Mauerer, trotz der großen Bauten, die Folgen der Krise zu spüren bekommen haben. Augenblicklich scheint es, als ob sich die Bautätigkeit etwas verbessert hätte. Ob dies eintritt, und ob es dann anhält, ist jedoch fraglich. Das Organisationsverhältnis ist an den grobren Bauten gut. Hier ist auch das Baudelegiertenwesen einigermaßen ausgebildet. Dadurch war es möglich, so manchen Drückerberger, der sich in irgend einer engen Ortschaften oder Dörfern aufzuhalten, zu informieren. Es kann die Organisationspflichten entzogen werden, so daß der Mauerer die Erfüllung zu verantwenden hat. Das ist eine schlechte Sache, aber es kann nicht anders sein. Allgemein schlecht ist dagegen der Versammlungsbesuch, so wohl in der Stadt, wie auf den Ortschaften. Obwohl wir und die größte Menge geben, die Versammlungen interessant und lehrreich zu gestalten, war es immer nur ein kleiner Teil Kollegen, der sie besucht. In mehreren Orten war es infolge des schwachen Besuches überhaupt unmöglich Versammlungen abzuhalten. Wir wollen an diesen Stellen keine Namen nennen. Betont muß aber werden, daß sich alle Kollegen, die die Versammlungen nicht besuchen, einer Berlegung der Organisationspflichten schuldig machen. Wir wünschen sehr, daß das in Zukunft besser wird. In diesem Frühjahr haben wir gemeinsam mit den Zimmerleuten und Bauhülfearbeitern 28 Versammlungen im ganzen

Zweigvereinsgebiet veranstaltet, die sich mit dem geplanten Bogen des Arbeitgeberverbandes beschäftigten. Von unsferen circa 1000 Mitgliedern haben kaum 100 diese Versammlungen besucht. In derseien Weise haben wir vor circa vier Wochen gemeinsame Versammlungen abgehalten mit dem Thema: „Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Krise“. Hier war der Besuch trotz der eifrigsten Agitation noch viel schlechter. Das bedeutet eine Rarität, die uns für die Zukunft der Straßburger Maurer recht schwere Erforschungen aufdrängt. Bei größeren Differenzen mit den Unternehmern ist es in diesem Jahre bis jetzt nicht gekommen. Ein Streit der Plattenleger am Schwimmbad endete, da sich Streitbrecher von auswärts fanden, nur mit einem teilweise Erfolg. Der Arbeitsvertrag wurde an den größeren Bauten so leidlich eingehalten. Wo Abweichungen vorkamen und uns gemeldet wurden, konnte Abschaffung geschafft werden. Dagegen hat sich in letzter Zeit herausgestellt, daß der Vertrag bei mehreren Neueren Unternehmern nicht immer eingehalten wird. Leider müssen wir sagen, daß unsere Kollegen selbst ein gut Teil Schuld daran tragen. Teilweise haben sie nicht den Mut, von dem Unternehmen ihr Recht zu fordern, teilweise wird der Bezug nichts gemeldet; ja, es kommt sogar vor, daß sie sich in die eigene Tasche lügen. In letzter Zeit war es deshalb auch notwendig, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Bei einigen Unternehmern laufen wir die Sache auf gütlichem Wege regeln. Dagegen waren wir beim Unternehmer Schüller gestoppt, die Sperte zu verbauen. Leider haben sich mehrere Maurer gefunden, die ihm Streitbrecherdienste leisten. Die Sperte besteht noch weiter, und es liegt bei den Kollegen selbst, ihr den nötigen Nachdruck zu verleihen. Bei dieser Gelegenheit hat sich auch wieder die Gleichgültigkeit der Straßburger Kollegen gezeigt. Eine Verhandlung, die zu dieser freudigen Stellung nehmnen sollte, war von kaum 100 Personen besucht. Man sieht, daß sich die meisten Kollegen der Tatsache dieser Sache gar nicht bewußt sind. Gerade in dieser Zeit ist es von doppelter Schaden, wenn eine derartige Gleichgültigkeit Platz greift. Deshalb läuft zum kommenden Frühjahr der Vertrag ab. Deshalb wäre es sehr notwendig, gerade jetzt dem Unternehmen zu befehlen, daß wir auf dem Posten sind. Dies kann und muß dadurch geschehen, daß die Kollegen auf den Bauten selbst durch ihre ganze Verhaltensweise zeigen, daß sie treu zur Organisation stehen. Das Baudelegierenwesen muß besser als bisher gepflegt werden. Jeder Versuch, auch des Kleinsten Unternehmers, gegen den Vertrag zu verstören, muß sofort mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Notwendig aber ist es auch, daß sich die Kollegen untereinander kontrollieren, damit jeder das tut, was im Interesse der Organisation und somit der Straßburger Maurer liegt. Nun noch einige Worte zur Frage der Beitragszahlung. Die laufenden Beiträge werden regelmäßig gezahlt. Dagegen muß mit Bauern konfrontiert werden, daß noch mehrere Kollegen mit ihren Extrabeiträgen rückständig sind. Diese verteilen sich nicht über das ganze Zweigvereinsgebiet, sondern liegen nur in einzelnen Orten. Trotz Haushaltung und schriftlicher Aufforderung haben diese Kollegen ihre Pflichten nicht erfüllt. Es sind dieses meist solche Kollegen, die auf kleinen Bauten oder in Vororten arbeiten und dadurch den Kontrollen entzogen sind. Das beweist aber, daß sie keine tüchtigen Kollegen sind; denn sonst hätten sie die Beiträge längst und ohne besondere Aufforderung gezahlt. Hoffentlich zahlen sie ihre Rechte in den nächsten Wochen, bevor die Märkte eingegangen werden, damit sie ihrer Rechte nicht verlustig gehen. Aus dieser kurzen Schilderung der Verhältnisse wird sich jeder denkende Kollege seine Schlüsse ziehen. Für die große Mehrzahl ist es notwendig, daß sich der Organisation mehr Interesse als bisher entgegenbringt. Die Versammlungen müssen besser besucht und dadurch muß immer mehr für Auflösung gesorgt werden. Vergessen wir nicht, daß wir ersten Bitten entgegenkommen. Der Vertrag läuft ab und es gilt, einen neuen mit Verbesserungen abzuschließen. Bedenken wir, daß aber auch unsere Unternehmer so gut wie anderswo organisiert sind. Nur eine gut organisierte Arbeiterschaft wird im Lande sein, auch in Zukunft die Verhältnisse zu verbessern. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, wollen dies auch hier nicht untersuchen. Sorgen wir aber in nächster Zeit dafür, daß uns die Verhältnisse, die mögen kommen, wie sie wollen, gefüllt sind. Hierzu mitzuverabreden, ist die Pflicht eines jeden, der für sich die Ehre in Anspruch nimmt, als tüchtiger Kollege zu gelten. Also: Vorwärts, und besser als bisher!

**Beitrag.** Am 19. September fand eine gut besuchte Versammlung des Zweigvereins statt. Kollege Seifert erläuterte Bericht von gehaltenen Verbandsberichten. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen einverstanden. Der Kartellbericht wurde vom Kassierer Hermann erstattet. Zu lebhafter Debatte gestaltete sich die Meinungsbildung von Lohnreduktionen beim Maurer und Zimmermann 48 %, der neuen Unternehmerverbund von Beitz und Umgegend nicht angehört. Von mehreren Kollegen wurde auf das Submissionsvotum hingewiesen; die übliche Parole: „Der Willkür macht's!“ wurde einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Die Kollegen Lanzendorf und Hermann wurden beauftragt, bei dem Maurermeister Funke sofort vorstellig zu werden und auf Dienstag, den 22. September, eine Versammlung einzuberufen, um sich mit dem Ergebnis zu beschäftigen. Am Montag wurden die zwei Kollegen vorstellig, jedoch erfolglos; die letzten Worte des Herrn Funke waren: „Mit Guss habe ich nichts zu tun!“ Die dann am Dienstag abgehaltene Versammlung nahm Stellung hierzu und beschloß einstimmig, am Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Die Kollegen von Funke, mit Ausnahme von einigen Nichtorganisierten, wurden sämtlich vorzeitig bei Funke und forderten entweder „Ja oder Nein“. Herrn Funke blieb weiter nichts übrig, als Zugeständnisse zu machen. Die Arbeit wurde dann wieder aufgenommen. Der vereinbarte Lohn wurde am Sonnabend gezahlt, jedoch erhielten zehn Kollegen ihre Entlastung in Form des im Bauvertrag sehr bekannten „Ausgetauschtes“. Kollegen, die die Gründe hierfür angezeigte werden und der Unternehmer Funke wahrscheinlich auf Zugang auswärtiger Kollegen rechnet, erachten wir um Solidarität und Beruhigung jeden Zuganges nach Zeit, bis die hierigen Arbeitsergebnisse untergebracht sind; denn es gilt, daß in schweren Kämpfen Erungene hochzuhalten.

### Fliesenleger.

**Berlin.** Am 25. September hielt die hierige Sektion im „Gewerkschaftshaus“ eine Versammlung ab. Waldheim gab den Bericht vom 10. außerordentlichen Verbandsstag. Die Diskussion war sehr lebhaft. Man hielt die Extrabeiträge für verfehlt, bedauerte den Beschluss, den Sitz des Verbandes in Hamburg zu belassen und hielt auch den Bau eines Verbandsgebäudes nicht für richtig. Schulz trat sämtlichen Diskussionsrednern entgegen und versuchte klarzulegen, daß der Verbandsstag in allen Punkten seine volle Saubrigkeit getan habe und daß man vollauf damit zufrieden sein könne. Danach gab Waldheim den Bericht von den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht. Im Fall Weißhaar und Genossen gegen die Firma Biel war beurteilt worden, die Sache einem Amtsgerichtsausschuß zu überweisen. Es hat vor diesem schon eine Verhandlung stattgefunden, die aber wieder vertragl. werden mußte, da Herr Biel noch einige Zeugen laden will. Betreffend Laufzeit, Lohn und Fälligkeit bei Ablaufdatum wurde die Sache so geregelt, daß die §§ 4 und 5 des Tarifarbeitsvertrages Geltung haben oder ein dementsprechender Bußgeld gezahlt wird. Der Beschluss ist an den Tarifaten gelegt worden. Da nun der Verbandsstag die Fliesenleger die selbständige Regelung der inneren Verwaltung, die Zufriedenheit im Beruf in Frage der Agitation und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugesehen hat, so ist vom Vorstand der Vorstand gemacht worden, mit der Vereinigung der Fliesenleger zwecks Verhandlung in Verhandlung zu treten. Die Gründe, die diese bisher gegen die Verhandlung angegeben habe, seien jetzt nicht mehr stichhaltig. Da die Anwesenden bei Überzeugung waren, daß eine geschlossene Kündigungstricht auf ihren Baustellen in Vorfeld nicht innthalte. Das Schreiben der Firma wurde vom Vorstand zur Kenntnis mitgeteilt. Er sagt auf Anhören zu, daß mit der Firma schriftlich wegen Abstellung der hierigen Schilderung beauftragt wurde. Die Regelung des Ablaufnachschusses bei Weißhaar und Biel in einer Vorstandssitzung geregt worden. Auf dem Krankenfest in Niedorf haben vier unorganisierte Kollegen von der Firma Schaffert gearbeitet. Zwei davon haben sich organisiert und die anderen beiden haben aufgehört, da im Vertrag der Bauverwaltung festgelegt ist, daß nur organisierte Leute auf dem Bau beschäftigt werden dürfen.

### Protokoll der Sitzung vom 15. September 1908 des Einigungsamtes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.

**Univend:** Beigeordneter Nath als Vorsitzender, Bauunternehmer H. Walter-Rödinghausen, Verbandsdirektor H. Schneebeli-Essen, Bauunternehmer Johann Franzen-Wünster, Bauunternehmer Johann Rottmann-Kettwig, Bauunternehmer Friederich Platte-Hagen, Bauunternehmer Heinrich Oppermann-Rheine, Gauleiter Friedrich Köhl-Dortmund, Gauleiter B. Danken-Düsseldorf, Gauleiter Höhler-Gelsenkirchen, Gewerkschaftsschulrat Koch-Böchum, Gewerkschaftsschulrat Friedrich Werner-Paderborn, Gewerkschaftsführer Schäfer-Böchum, und Oberstadtschulrat Grewe als Prototypführer. Außerdem: C. Dege-Hagen, R. Biegner-Essen, Theodor Häuschen-Böchum, Bonif. Müller-Wünster i. Westf., Jos. Bach-Essen.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 4 Uhr nachmittags. Er stellt zunächst durch Anfrage an die Mitglieder des Einigungsamtes fest, daß durch Vereinbarung der Parteien der am 10. August 1908 durch Unterschrift vollzogene und am 15. August 1908 von den Zentralleitungen genehmigte Kollektivvertrag, am 1. Juli 1908 in Kraft getreten ist.

Auf Antrag des Verbandsdirektors Schneebeli wurde beschlossen, daß in der Sitzung des Einigungsamtes nur die Mitglieder desselben redeberechtigt, und die anwesenden Arbeitgeber, bezgl. deren Stellvertreter und die Arbeitnehmer begin. deren Stellvertreter nur zu den sie betreffen den Punkten der Tagesordnung zu hören sind. Sodann wurde beschlossen, den Punkt 10 der Tagesordnung, als ersten Punkt zu erledigen. Es handelt sich um einen Antrag Franze-Wünster um anderweitige Abweichung der Lohngebiete Ruhrkirchen und Rheine. Es wurde beschlossen: Aus den Lohngebieten Ruhrkirchen und Rheine (lauffende Nr. 52 und 69 des Kollektivvertrages) werden folgende Lohngebiete gebildet: a) Amt Ruhrkirchen, b) Amt Rheine ohne die Bauerschaften Altenberge und Eichendorf, c) Stadt Rheine einschließlich der Bauerschaften Altenberge und Eichendorf.

In den Lohngebieten zu a und b beträgt die normale Arbeitszeit 10 Stunden, der Stundenlohn für die Jahre 1908 und 1909 für Maurer und Zimmermann 48 %, für Bauhilfsarbeiter 36 %. Die Lohnzahlungsperiode ist achttägig, der Baytag ist Mittwoch, die Kündigungsschrift beträgt eine Woche.

Punkt 1 der Tagesordnung betrifft Beschwerde des Bezirksleiters Müller gegen den Bauunternehmer Evers wegen Beleidigung, die tariflich festgesetzten Stundenlöhne zu zahlen. Der Vorsitzende gibt das an das Einigungsamt gerichtet Schreiben des pp. Evers, vom 14. September 1908 bekannt, wonach Evers sich als Mitglied des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten abgemeldet hat. Verbandsdirektor Schneebeli bestätigt, daß Evers seine Abmeldung am 12. September d. J. bemittelt hat. Den Arbeitsergebnissen wird pp. Evers freigegeben.

Punkt 2 der Tagesordnung betrifft den Antrag desselben Bezirksleiters, die Unternehmer in Rheine zu verpflichten, die Differenz zwischen den vertraglich festgesetzten und den wirklich ausgeschlagenen Stundenlöhnen für den Monat Juli 1908 den Bauarbeitern nachzuzahlen. Besluß: Der Kollektivvertrag ist durch Vereinbarung der am Vertrage beteiligten Parteien mit dem 1. Juli 1908 in Kraft getreten. Die festgesetzten Löhne sind daher auch von diesem Tage an zu zahlen. Die Unternehmer in Rheine, werden dem Antrage entsprechend verpflichtet, die für den Monat Juli 1908 zu wenig gezahlten Löhne nachzuentschließen.

Punkt 3 und 4 der Tagesordnung werden vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung betrifft die Beschwerde des Bezirksleiters Bach und Biegner gegen die Firma Rottmann, weil sie den Kollektivvertrag nicht einhält. Der anwesende Inhaber der Firma entschuldigt sich mit Unkenntnis der tariflichen Bestimmungen. Er verpflichtet sich, in Zukunft den Kollektivvertrag einzuhalten, und ist bereit, sich wegen des bisher zu wenig gezahlten Stundenlohnes mit den Arbeitern zu verständigen. Er erklärt ferner, daß er Arbeitern wegen dieser Angelegenheit nicht entlassen bzw. maßregeln werde.

Punkt 6 der Tagesordnung wird vertagt; bei Punkt 7 zieht der Anteilsteller seinen Antrag zurück, nachdem festgestellt worden ist, daß Steele nicht zum Gebiet des Kollektivvertrages gehört.

Punkt 8 der Tagesordnung betrifft eine Beschwerde des Bezirksleiters Biegner gegen die Firma Steeler & Roggel, weil sie den Tariflohn auf der Baustelle Stoppenberg nicht zahlt. Die Angelegenheit wird vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung betrifft eine Beschwerde desselben Bezirksleiters gegen die Firma Heitemeyer, weil sie sich weigert, den tariflich festgesetzten Lohn zu zahlen. Das eingangs geschriebene Schreiben der Firma, nach dem sie sich nicht weigert, den Stundenlohn von 55 % zu zahlen, wurde auf Kenntnis gebracht und die Angelegenheit vorläufig als erledigt angesehen.

Punkt 10 der Tagesordnung betrifft eine Beschwerde des Bezirksleiters Bach gegen die Firma Gebrüder Kiefer, weil sie die Bestimmungen des Vertrages nicht einhält. Der Bezirksleiter Bach bringt zur Sprache, daß die Firma Gebrüder Kiefer die schriftliche Kündigungstricht auf ihren Baustellen in Vorfeld nicht innthalte. Das Schreiben der Firma wurde vom Vorstand zur Kenntnis mitgeteilt. Er sagt auf Anhören zu, daß mit der Firma schriftlich wegen Abstellung der hierigen Schilderung beauftragt wurde. Die Regelung der Vertragsvereinbarungen ins Benehmen zu setzen.

Punkt 11 und 12 der Tagesordnung werden als erledigt betrachtet.

Punkt 13 der Tagesordnung betrifft Festsetzung der Geschäftsvorordnung für die Schlichtungskommission. Besluß: § 4 ist durch folgenden Zusatz zu ergänzen: Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung sollen nach Beschluss der Kommission dem Einigungsamt in Essen mitgeteilt werden. § 9 letzter Absatz ist durch folgenden Vorlaut zu ersehen: „Den Mitgliedern der ständigen Unterkommissionen werden vom Einigungsamt ausstellende Legitimationsschriften ausgebändigt.“ In § 10 ist das Wort: „Vollkommission“ durch das Wort: „Schlichtungskommission“ zu erzeigen. Im übrigen wird die Geschäftsordnung in der vorbeschriebenen Fassung genehmigt.

Punkt 14 der Tagesordnung betrifft die Abgrenzung der Bezirke der Schlichtungskommissionen, die in der vorbeschriebenen Weise genehmigt wird. Die ständige Schlichtungskommission Bielefeld besteht nur für Maurer und Baufüllungsarbeiter, nicht für Zimmerer. Das vorliegende Bescheidnis ist entsprechend zu berichtigten. Die Organisationen haben bis zum 15. Oktober d. J. die Männer, bezgl. Stellvertretenden Obmannen der Schlichtungskommissionen zu wählen und dem Einigungsamt mitzuteilen.

Punkt 15 der Tagesordnung betrifft einen Antrag der in der Sitzung des Einigungsamtes vom 20. August 1908 gewählten Kommission um Festsetzung einer einheitlichen Arbeitszeit für das ganz Industriegebiet. Besluß: Das Einigungsamt empfiehlt den zuständigen örtlichen Organisationen für die Lohngebiete Altena, Aplerbeck, Bodum, Bochum-Land, Bochum, Börnig, Bottrop, Buer-Gleiberg-Hörst-Emscher, Datteln, Dinslaken, Dortmund, Dortmund-Land, Duisburg, Duisburg-Meiderich, Emmerich, Essen-Stadt, Egen-Land, Eving, Gelsenkirchen-Stadt, Gelsenkirchen-Land, Hagen-Stadt, Hagen-Land, Hamm, Hattingen, Hemer, Herne-Stadt, Homburg, Höhde, Jülich, Kamen, Letmathe, Lüdenscheid, Halver-Amt, Lünen, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Rubrodt-Kreis, Schwerin, Sterkrade, Stoppenberg, Unna, Witten und Bitten die normale Arbeitszeit in den verschiedenen Jahreszeiten wie folgt festzusetzen:

Datum	Beginn	Ende	Zeit	Beginn	Ende	Zeit
	Spät	Früh	Zeit	Spät	Früh	Zeit
16. März bis 15. Sept.	6½	8—8½	12—13½	4—4½	7	10
Sept. bis 30. Sept.	6½	8—8½	12—14	4—4½	6½	10
1. Okt. bis 15. Okt.	6½	8—8½	12—14	4—4½	6	9
1. Okt. bis 31. Okt.	6½	8—8½	12—14	4—4½	5½	9
1. Nov. bis 30. Nov.	7	8—8½	12—14	5	8	8
1. Dez. bis 15. Dez.	8	—	12—14	—	5	8
1. Dez. bis 15. Jan.	8½	—	12—14	—	4½	7½
1. Febr. bis 28. Febr.	8	9—9½	12—14	—	5½	8
1. März bis 15. März.	7½	8—9½	12—14	4—4½	6	8
1. März bis 15. März.	7	8—9½	12—14	4—4½	6½	9½

Punkt 17 der Tagesordnung betrifft die Einbeziehung von Coesfeld und Emsdetten in den Geltungsbereich des Kollektivvertrages vom 10. August 1908, gegen die das Einigungsamt keine Bedenken erhebt.

Punkt 18 der Tagesordnung betrifft die Frage, ob unparteiische Beifälle in das Einigungsamt abgeordnet werden sollen. Die Angelegenheit wird vertagt.

Der Vorsitzende teilt noch mit, daß nach amtlicher Auskunft die früheren Gemeinde Laar gleichzeitig mit Mülheim am 1. Oktober 1905 nach Duisburg eingemeindet ist, und daß demzufolge die frühere Gemeinde Laar zum Lohngebiet Duisburg-Stadt gehört. Hiermit wurde die Sitzung um 8½ Uhr abgeschlossen.

### Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 20. bis 26. September sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Lübeck M. 400, Düsseldorf 300, Neuruppin 300, Meiersberg 280, Minden 200, Lüdenbach 200, Jordan-Barabies 200, Leipzig-Neustadt 200, Weißensee 200, Altona 200, Uelzen 150, Heide-

berg 100, Selschin 100, Forst i. d. Lausig 100. Summa  
M. 2880.

Büchse-erhielten: Deutsch Lissa M. 250, Trebitsch (Neumark) 200, Elberfeld 100, Sandbach 100, Fetschenbach 100, Dessaу 100, Bürstadt in Hessen 50. Summa M. 900.

Altona, den 26. September 1908

Karl Reiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57

Vom Bau

## Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterstößt nie, von Unfällen, Baueinflüssen, überhaupt von allen wichtigen Vorlommittäßen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Vor g h ö r t . Hier ist man zur Zeit dabei, die Brändewinden auf der Borporster Wärspinnerei niederzulegen. Dabei ereignete sich am 25. September, vor mittags 11 Uhr, ein ziemlich schweres Unglück. Man wollte eine 10 m hohe Seitenfront des Märschhauses umwerfen, die zugleich Giebelwand des Kesselhauses war. Bei diesem Zwecke waren mehrere Leute mit Böden im Kesselhaus angelassen und der Polter und zibe Mauer waren auf dem Dach des Kesselhauses. Als die Wand nun stürzte, wurde das Dach des Kesselhauses und ein großer Teil des Mauerwerks mitgerissen. Die Leute fanden glücklicherweise mit dem Schreden davon, bis auf den Mauersteiner. Dieser sprang um sich zu retten, vom Dach auf eine 80 cm hohe steckende Mauer, wurde aber mit diefer ungeworfen. Mit geschnitternen Giebern mußte er vom Brate getragen werden. Der selbe hat Frau und sieben Kinder zu versorgen. Wer die Schuld an diesem Unfall trifft, wird jahoffentlich die Untersuchung erbringen. Lebenthal hätte es nicht passieren können, wenn die Wand Stein für Stein abgetragen worden wäre.

In **Wambauer** ereignete sich am 23. September, nachmittags um 5½ Uhr, beim Kirchenbau der Firma Mühlmann ein Anfall. Der Maurer Otto Gähn hatte vom Polizei-Auftrag bestimmt, ein Eisen abzuhauen. Er sprang plötzlich beim Abhauen ein Stück Eisen beiseite und schlug dem Kollegen mit solcher Kraft vor das Schienbein, daß es Hose und Unterhose durchschädelte und in das Bein einschlug, wodurch eine starke Blutung hervergerufen wurde. Die anwesenden Kollegen verbanden den Fuß gleich, so daß die Blutung gestillt wurde; ein Verbundblatt war bei dem großen Neubau nicht zu finden. Der Kollege wurde auf einer Handkarre zum Krankenhaus transportiert, wo der Arzt zum Glück konfiszieren konnte, daß die Wunde neben dem Schlagader lag. Wäre die Schlagader verletzt worden, so wäre der Kollege gewiß an Verblutung gestorben, ehe er in ärztliche Behandlung kam.

H u s u m . Am 19. September stürzte ein Teil des von Unternehmer Peters ausgeführten Neubaus des Gartners Nodet in der Süderstraße ein. Der Bau war bereits bis zur zweiten Etage fertig. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen, da sich die auf dem Bau beschäftigten Maurer rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Ein auf einer Leiter stehender Arbeiter fiel mit dieser um und zerrt dabei einige Verklebungen. Die Ursache des Einsturzes sehen wir darin, daß man dem in Beton ausgeführten Kellergeschöß nicht die nötige Helt zum Abdichten ließ, sondern an frisch aufgemauerter. Der Laft des Maurerwerks gab dann der Beton nach.

Ma i n z. Ein Unfall ereignete sich am 21. Sept., nachmittags 2/4 Uhr am Lustiggebäude auf dem Schloßplatz bei der Firma Böhlau. Der Mauter Valentín Jäger, von Hofheim, war mit mehreren Mauern mit Abrüthen beschäftigt. Jäger befand sich unter dem obersten Giebel zum Eindelen. Als ihm die vierte Dielen vom obersten Giebel gereicht wurde, brach der Hebel und Jäger stürzte mit den Dielen von der dritten Etage zur Erde. Man verbrachte den Verletzten mittels Drosche nach seiner elterlichen Wohnung. Der Arzt konstatierte schwere innerliche Verletzungen und ordnete seine sofortige Überföhrung ins Hospital an. Bei dem Unfall selbst sei bemerklich: Der gebrochene Hebel ist auf der Stechauflage abgebrochen, er ist total taul. Das Gerüst steht bereits ½ Jahr. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn beim Gerüstbau gesundes Holz verwendet worden wäre. Und dabei handelt es sich um einen Staatsbau! Der Staat hätte doch auch die Verpflichtung durch seine Organe die Beauftragung der eigenen Gefüge durchzuführen. Wo bleibt da die Haupoltige? Wußt denn immer erst ein Unfall passieren, ehe man einsieht! Wie lange noch wird der Ruf des Bauarbeiter nach dem Bauarbeiterdub ungehört bleiben? - Um Karnevalen beim Fort Elsass heißt herzlichen Karneval. Münchhausen. Die Gerüte sind in

in einem sehr mangelhaften Zustande. Die Arbeiter arbeiten in der zweiten Etage und es ist weder Schuf- noch Gang- gerüst angebracht. Auch nicht ein Gerüst unter dem oberen Gerüst ist abgedeckt; bricht ein Hebel der Diele, so geht der Aufsturz unabwendbar bis zur Ede. Alle vier Meter aufwärts ist eine Streiche gezogen, die Entfernung ist auf zwei voneinander. Es fehlten Handwerkstatt, Maschinen, Stoff, Rollen u. s. w., zum Transport von Baumsteinen und

sonfigem Material nach dem Arbeitsplatz. Hausteine von vier bis sechs Zentimeter müssen von den Arbeitern hinaufgetragen werden, wobei es öfters vorkommt, daß sich Arbeiter unter der Last innerlich wehtun. Die Arbeiter werden in ihrer Arbeitsleistung ausgebeutet bis aufs äußerste; Arbeit wird in Trüppen entlassen und andere eingestellt. Wegen der Antretung der Arbeiter ist es erfärlich, daß die geleistete Arbeit nicht in solcher Weise ausgeführt werden kann. Das Mauerwerk ist trum und schief. Die Backsteinhöhen werden nicht ausgestattet, nur werden in die Mitte der Mauer Abfallrohren hineingeschüttet, und wieder draufgemauert. Das dürfte an einem Staatsgebäude gar nicht vorkommen. Es ist sorgbar, daß die Bauleitung solches nicht sieht, es fehlt doch nicht an Aufsichtspersonal. Die Bauleitung hat ein nachsames Auge, sie hat den Vertreter der Maurer an

der Baustelle geschehen und wollte ihm das Betreten der Baustelle verbieten. Weshalb? Aus allen diesen Ursachen fand am 21. September, abends, eine Versammlung aller am Käfernberg beschäftigten Maurer statt, in der die bestehenden Missstände einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung der am Käfernberg harkt befindet sich des Unternehmers Heller beschäftigten Maurer protestiert energisch gegen das Vorgehen des Betriebsleiters Heufel wegen grundloser kolonnenweiser Entlassung von Arbeitern. Ferner wegen des Fehlens geeigneten Gesamtmaterials und Werkzeuges sowie der mangelhaften Art des Gerüsts. Ferner beweist die Versammlung, daß die Baupolizei nicht einweist, die Missstände zu beseitigen, da der Baupolizei die Fälle bekannt sind. Die Versammlung beauftragt ihre Vertreter, bei der Unternehmensorganisation die Angelegenheit vorzutragen und Schritte zu verlangen.

\* Fern von der Heimat gestorben. Von einem  
ziemlich fertigen 40 m hohen Fabriksturmstein stürzte, am  
26. September der Kollege Wilh. Schliephack aus Brauns-  
weig in der Nähe von Utrechten ab. Wodurch der  
Absturz, der den fortigen Tod zur Folge hatte, erfolgt ist,  
ist uns nicht bekannt.

\* **Gaudemus in Kiel.** Am 22. September, morgens gegen 5 Uhr, stürzten zwei Außenwände an der Ratsapotheke ein, wobei die dreizehnjährige Tochter des das Haus bewohnenden Dr. Schulz zu Tode kam. Neben diesem Hause war die Bräugrube für einen Neubau ausgehoben worden. Man stützte die der Grube angelehnte Seite des Apothekenhauses zunächst ab und nahm sich vor, diese später zu unterfangen. Darauf kam man aber wieder ab, man glaubte, daß sich die Wand auch ohne das halten würde und nahm die Stützen fort. Am anderen Morgen hatte man dann die Bescherung. Es waren ein Teil des Giebels und eine Seitenfront niedergestürzt, und war in der ganzen Höhe des Hauses. Die niedergehenden Steintrümmer hatten die Decke abzwickt der ersten und zweiten Etage mitgerissen. Gleichwohl dort war kein Mensch gestorben.

deren Stelle Etagen eingetragen. Gestellt vorrath war das Schlafzimmer des Kindes, das, wohl seit im Schlafe, den Absturz mitmachte und von den nachfolgenden Steinmassen zerstochen wurde. Bei oberflächlicher Untersuchung hat sich herausgestellt, daß der Bau der Ratsapotheke mit einer unerhörten Gewinnlosigkeit gemauert worden ist. Man hat nämlich die eine Wand zwischen der ersten und zweiten Etage nur halbsteinartig gemauert und darüber wieder steinartig angesetzt. Man behauptet sogar, daß einzelne Stellen dieser Wand nur hochstam gemauert seien. Dieser schwache Teil der Wand hat leicht erßärfürdige Teile nachgegeben und die darüber liegenden Mauersteile mitgenommen. So löst sich der Unfall sehr leicht erklären. Die Aufregung über diesen neuen Bausturz ist groß. Die bürgerlichen Tageszeitungen in Kiel bringen Abbildungen der Einsturzstätte und behandeln die Anlegtheit wie eine richtige Szenierung. Wir sind die Leute, die etwas dagegen einwenden wollen, wenn die Oeffentlichkeit recht eindringlich auf Schäden im Baumwesen hinweisen wird; aber wir vermissen diesen jetzt so lebhaft befundene Eifer sehr oft, wenn es sich um verunglückte Arbeiter handelt. Und darum fragen wir uns: wieviel Arbeiter müssen wohl sterben verunglüchen, bis ihr Unfall so allgemein beachtet wird, wie dieser, wo das Kind eines angesehenen Bürgers ein Opfer verbrecherischer Profitgut wurde?

Aus anderen Berufen

\* \* \* Wo soll das hinaus? Neben den sozialdemokratischen Parteier in Nürnberg hatte auch das Organ des Steinbeiterverbandes einen kritischen Artikel gebracht. In seinem Artikel war dem Unwillen über die Art der Behandlung von Parteifreitagsfragen durch die „Leipziger Volkszeitung“, den neuen Begründer der Parteigenossen empfindlich ausdrück gegeben worden. Das hat die „L. V.“ arg verflossen. Statt sich nun sachlich gegen den Vorwurf zu verteidigen, brachte sie einen Artikel, in dem sie in geradezu anständiger Weise über den Redakteur des „Steinbeiter“, den Genossen Staudinger, herrief. Einige orthographisch unglückliche Freunde derer gaben ihr Anlay, ihren giftigen Spott über den Genossen St. auszugießen. Das ist nun ein sehr billiges Vergnügen, das sich jeder, der an solchen Gefallen findet, alle Tage leisten kann. Ob es aber anständig, ob es parteigenösslich ist, zumal wenn es sich um „Arbeiterblatt“ handelt, den Leiter sieht ihre Sprachkenntnisse eigentlich nur so im Vorbeigehen haben erwerben können, das steht auf einem anderen Blatt. Und wenn nun gar vor der „Leipziger Volkszeitung“ gefiechtet, die ja stets so ist, als habe sich der echte „proletarische Geist“ drauf auf sie fernieder gelassen, so kann man das nur der heroflotten Verhüllung erklären, die in diesem „Arbeiterblatt“ immer mehr und mehr auftritt.

Aber die „E. B.“ läßt es bei dieser einen Bosheitlich nicht bewenden. Sie wirft dem Genossen Staufer vor, daß er sich früher von ihren Redakteuren bestellt für sein Blatt schreiben lassen und daß er diese Fertigkeit (sie beträfen die Frage des Massenstreits) möglichst gern genützt habe. Darauf antwortete Genosse Staufer:

"Vor etwa 3½ Jahren wurde ich von einem Genossen beten, ein Student, nennen wir ihn A., wollte mir öffentliche Artikel über Kartelle und Trusts schreiben. Aus rein gesellschaftlichen Gründen ertheilte ich seine Abfage. Als Ge-  
sie A. später in die „Volkszeitung“ eintrat, bot er mir  
zwei Artikel an; ich lehnte dieselben ebenfalls nicht  
ein. Student, der nicht mit Glücksgütern gelegen ist,  
wahrscheinlich froh, wenn ihm auf diese Weise Gelegen-  
heit gegeben ist, sein Fortkommen leichter zu gestalten. Ob  
höflich ist, das mir dieses Wohlwollen dementsprechend  
geboten wird, überlässt ich den Beixen selbst zu entscheiden.  
Der Redakteur B. bot mir vor Jahren einen Artikel  
eine Gerichtsentscheidung an. Der Beitrag wurde  
genommen, ein weiterer ebenfalls. Wenn B. sich der-  
talt als Mitarbeiter betätigen konnte, so gefällt das auf  
Anfuchs hin. Beitarbeiter am „Steinarbeiter“ zu-  
messen, ist dem Genossen B. nicht passiert.

Der Redakteur C. wurde allerdings von mir aufgefordert, indem ich in ein Schriftstück abreißen mußte, zwei Artikel zu schreiben. Es mag vor 2½ Jahren gewesen sein. In der Heimathabber vermag ich die genaue Datirierung nicht anzugeben. Der eine Artikel war schwär, er behandelte das Problem des Waffenstreits, der andere war noch viel schwär. Die robusten Stellen, die ich nicht verantworten konnte, merkte ich aus und setzte meine dementsprechenden Gegenfassungen ein. Das ärgerte C. ganz gewaltig. Ich sprach allerdings kurz mit C., wie inhaltlich die beiden Artikel gehästert werden sollten. Die Worte: „die Artikel können nicht schwär genug sein, nur tückig drauf“, sind nicht gefallen. Es wäre ja sonst auch Unruhen gewesen, dementsprechende Streitigkeiten vorzunehmen. Über glaubt denn C., daß ich mich derartig in das Fangen eines politischen Redakteurs begebe?

Seit meiner sechsjährigen Tätigkeit am „Steinarbeiter“ habe ich etwa vier Leitartikel veröffentlicht, die von Ge- nossen der Volkszeitungsgesellschaft verfaßt wurden.

Man sieht, wie die „D. W.“ auch hier wieder die Tatsachen tendenziös entstellt hat, um einen ihm mitsitzenden Genossen herunterzurütteln. Aber selbst wenn es so gewesen wäre, wie die „D. W.“ behauptete, so würde es einem Menschen von halbwüchsiger vornehmer Denkart widerstreben, mit derartigen Mitteln zu arbeiten. Bei der „D. W.“ aber ist eine derartige Methode allgemein üblich. In diesem Falle wird sie nun glücklicherweise dem davon Betroffenen nicht persönlich gefährlich, denn die Gewerkschaften haben sich seit langer Zeit daran gewöhnt, mit spöttischem Achselzucken alle Peile abzuschütteln, die von dieser Seite auf sie zugeflogen kommen. In der politischen Organisation ist es leider anders; dort ist es der „D. W.“ bereits mehr als einmal gelungen, die mit ihrem Haie befreiten Ge nossen aus ihren Stellungen zu vertreiben, so im Falle des Vorwärts-Medailleurs, beim Genossen Maurenbrecher usw. Wer diese Dinge verfolgt hat, der kann sich nur über die Langmut wundern, mit der man bisher einem solchen verächtlichen Kreislauf aufsaß.

\* **Gewerkschaftliche Agitation.** Der Zimmererverband hat für die Zeit von Mitte September bis Mitte Oktober in 289 seiner zahlreichen Versammlungen einberufen, in denen die Tarifbewegung im Zimmergewerbe und die Aufgaben des Verbandes beraten werden sollen. Es handelt sich weniger um öffentliche Agitation, als um eine härende Ansprache unter den Verbandsmitgliedern über die neue tarifliche Situation im Baugewerbe. Da diese Frage auf der im kommenden Jahre stattfindenden Generalversammlung des Verbandes eingehend behandelt werden muß, wird die jetzige Erörterung in den Verbandsabgeordneten zweitlos zu einer glatten Erledigung der Frage auf der Generalversammlung beitragen.

Der Töpferverband wird ebenfalls in der ersten Hälfte des Oktober eine größere Agitation veranstalten. Es sind bisher circa 110 Versammlungen vorgesehen, für welche eine lebhafte Propaganda entfaltet wird.

\* Im Berliner Rohrlegergewerbe war der im Jahre 1905 abgeschlossene Tarifvertrag am 1. September d. J. abgelaufen. Die Unternehmer fündigten den Tarif und unterbreiteten, gestützt auf die von dem Herrn Biesenbach geschaffenen Berücksichterung der Arbeiterorganisation in Rohrlegergewerbe, dem bisherigen Tarifkontrahenten, dem Deutschen Metallarbeiterverband, eine neue Tarifvorlage, die für die Arbeiter erhebliche Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif enthielt. Der Metallarbeiterverband lehnte diese Vorlage der Unternehmer ab. Der Metallarbeiterverband erklärte sich bereit, den alten Tarif zu erneuern, was aber von den Unternehmern abgelehnt wurde. Diese fanden dafür die weitgehendste Interessierung bei dem sogenannten Allgemeinen Metallarbeiterverband des Herrn Biesenbach, der zusammen mit einem gelben Herrn Lebusius und einem Vertreter der Kirch- und Dunderischen Gewerbevereine (1) am 8. September vor dem Berliner Gewerberäte mit den Unternehmern unter Ausdruck der Öffentlichkeit einen der Unternehmer vorlage entsprechenden Streitkredittarifvertrag abschloß. Auf Grund dieses Vertrages lieferten dann auch die genannten Arbeitnehmerseite vertragshilfenden Parteien den Unternehmern die Streitkredit, also den Metallarbeiterverband in Kampf in den ersten Septembertagen aufzunehmen.

In den Streit traten circa 1800 dem Metallarbeiterverbande angehörende Möbelräger. Wen Gelben mit Wiesenhalde an der Spitze gelang es, etwa 400 bis 500 Streikrecher zu liefern, während die Anarchosyndikalisten nach einem Streit ausschliefen. Etwa 70 Firmen, die rund 400 Arbeiter beschäftigten, bewilligten die Forderungen der streitenden. Die Streikenden beschlossen daher in der ersten Woche den Streit zu beenden und vorläufig ohne Tarif weiterzuarbeiten. Von den 900 noch Streikenden waren circa 600 sofort in Arbeit treten. Die Beendigung des Streits wurde notwendig, da die große Zahl von den Seitenhaltern tariflich vermittelten Streikrechern ein weiteres Beharren im Auslande aussichtslos machte.

\* Ans England. In Lancashire ist eine Ausverzung von 50 000 Arbeitern der Baumwollindustrie ausgebrochen, die leicht weittragende Folgen für das englische Erwerbsleben haben kann. Die Unternehmer fordern infolge der wirtschaftlichen Depression eine Lohnreduktion um 5 p<sup>s</sup>t.; die Arbeiter waren gewillt, für einen im voraus zu bestimmenden Zeitraum die Reduktion zuzugestehen, worauf sich indes die Unternehmer nicht einlassen wollten. Diese Folgen es vor, anstatt eine Vereinbarung mit den Arbeitern zu suchen, die Betriebe zu schließen, um alte Lagerbestände räumen. Da aber die Arbeiters, sich diesen Gewaltakt gefallen lassen werden, steht ein großer Kampf in der englischen Leinwandindustrie bevor, sofern es nicht in diesem gelingt, eine Vereinbarung herbeizuführen.

## **Bewerbliche Rechtspflege und Arbeitnehmerbeschwerde**

\* Die Abhandlung der Gewerberichte. Unter diesem Titel erscheint die „Soziale Praxis“: Wie man dem Gesetz in Schnäppchen schlagen kann, das zeigt in wenig vorländiger Weise der Rechtsbeistand der Dortmunder Union, deren Wahlverschärfungen bekanntlich in letzter Zeit gefreudet von den auswärts befindenden Arbeitern auf Rück-

erstattung der Beiträge verklagt worden sind. Es hat sich dabei, wie wir mehrfach betonten, der für unsere Zustift nicht gerade erhebende Zustand herausgebildet, daß die Gewerbegegericht fast durchweg den Klageansprüchen der Arbeitnehmer stattgeben und die Betriebsentschließungen zur Rückzahlung der Beiträge verurteilen, während die Landgerichte, wenigenfalls im Ruheresolver, als Verstümmelungen die Klagen der Arbeiter ebenso einmütig ablehnen. Um nun in allen Fällen bis zu der für sie günstigen Gerichtsstellung vorzubringen, auch da, wo die Streitumme unter A. 100 bleibt, hat die Dortmund "Union" folgendes Verfahren gewählt: sie erhebt, wie die "Welt-Arbeiter-Ztg." mitteilt, sofort beim Gewerbegegericht, dem der klagende Arbeiter seine Beitragsforderungen vorgelegt hat, Widerklage gegen den Arbeiter, und zwar auf Zahlung eines A. 100 übersteigenden Betrages, ohne jedoch irgendwelche zur Begründung des Widerklageanspruchs dienenden Tatsachen anzuführen. Wenn nun das Gewerbegegericht auch teilweise in solche unbegründete Widerklage abweist, so hat doch die "Union" ihren Zweck, den Prozeß verlustsfähig zu gestalten, erreicht und kann nun vor dem Landgericht, obwohl auch dieses die Widerklage ablehnt, doch eine neue Entscheidung über die Rückzahlungsfrage des Arbeiters erzielen. Wenn dieses Verfahren weiter ausgebaut und nachgeahmt wird, so verträgt es sich für die Entwicklung unserer Gewerbegegerichtsbarkeit nichts Gutes.

Die neueste Wendung in dieser Zustandsfrage aber hat unsere Verführungen noch übertroffen. Das Gewerbegegericht Dortmund hat dem Landgericht gegenüber nicht standgehalten, sondern in einer Entscheidung vom 25. Juni 1908 seine bisherigen Rechtsgrundlagen widerrecht. Nicht so sehr diese Umkehr, als vielmehr die Begründung derselben ruft die schärfsten Bedenken nach. Das Gewerbegegericht Dortmund weist nämlich, um seinen Beitritt zu der Urteilspraxis des Landgerichts zu rechtfertigen, darauf hin, daß es in Baums Handbuch für Gewerbegegericht eine Entscheidung des Gewerbegegerichts Mainz gefunden hat, die ein Rentenverschaffungsfatut mit fest gleich schärfen Bestimmungen wie das der "Union" für sitzenwidrig und ungültig erklärt, und betont dann folgendes:

Das Gewerbegegericht Dortmund erkenne zwar, in Übereinstimmung mit dem Landgericht Dortmund, in seiner Zustimmung vom 25. Juni 1908, an, daß derartige Rentenverschaffungsfatute in einzelnen Fällen große Härten im Gefolge haben; es verleiht aber nicht, daß der bis jetzt herrschende Standpunkt, daß das Gewerbegegericht und das im Zuständigkeitszugehörigkeit vorgesehene Landgericht in ganz gleich liegenden Sachen völlig entgegengesetzte Entscheidungen fäßen, geeignet ist, das Ansehen der Rechtspflege in erheblichem Maße zu schwächen. Würde das Gewerbegegericht sich weiterhin auf seinen früher konsequent vertretenen Standpunkt verkeilt haben, so würde das lediglich zu einer Schädigung der Arbeiter führen, da das Gewerbegegericht die Arbeiter, wenn es ihre Klage stattgäbe, unmittelbar durch Kostenentzug verurteile. Aus allen diesen Erwägungen hat das Gewerbegegericht den "Kläger" mit der erhobenen Klage kostengünstig abgewiesen.

Anstatt sich weiterhin auf seinen früher konsequent vertretenen Standpunkt — den die Mehrheit der sozialpolitisch verständigen Juristen teilt — zu verteidigen, damit das Gewerbegegericht Dortmund vor den übrigen Rechtsinstituten des Prozeßverteidigers der "Union" und vor der Rechtsweisheit des Landgerichts ab, obgleich erst kürzlich noch ein ähnliches Widerklageanwörter gegen eine Kaufmannsentcheidung vom Landgericht Dresden für rechtlich unzulässig erklärt worden ist, und spricht dem Arbeiter, unter Preisgabe seiner bisherigen Rechtsgrundlage, den Beitragsentzugsanspruch gegen die Rentenverschaffung ab, um ihn vor Schaden zu bewahren! Höchst praktisch! Wo aber bleibt dabei das Recht? Und mag die bisherige Fleißsprechung der Gewerbegegerichte in Rentenverschaffungsfragen gegenüber der ablehnenden Haltung mancher Landgerichte auch zunächst nur eine moralische Bedeutung haben, so ist doch eben nur auf dem Wege konsequenter Betonung solcher Rechtsauslegungsgrundlagen die unerlässliche Befriedung der Rechtsanwaltschaft bei den Formaljuristen zu erzielen. Falsche Rücksichten auf die höhere Instanz erütteln das Vertrauen in die Rechtspflege der Gewerbegegerichte viel mehr, als der Widerspruch der Urteilsinstanzen das Ansehen der Rechtspflege schwächt. Schon hält es durch die Arbeitgeberländer: Sieg der Hüttenthaler über das Gewerbegegericht!

Es ist unmöglich, ausdrücklich zu sagen, daß wir den Standpunkt der "S. P." fachlich völlig teilen. Aber falls sie in dem dem letzten Sache den Arbeiterblättern den Vorwurf der demagogischen Ausnutzung dieser Schwäche des Dortmund Gewerbegegerichts machen will, so wollen wir ihr sagen, daß auch wir, obwohl wir uns völlig frei von demagogischen Anwandlungen wissen, in diesem Falle einen tatsächlichen Sieg der Hüttenthaler über das Dortmund Gewerbegegericht erblicken. Das zeigt am besten die obige Darstellung der "Sozialen Praxis" selbst.

### Eingegangene Schriften.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Al. Singer) ist das 50. Heft des 26. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir her vor: Der Fall Schlichting: Der Parteitag über die Budgetbeschlüsse. Von K. Kausch: — Die Tiere als konstitutionelles Reich. Von M. Beer: — Der italienische Gewerkschaftsverein. Von Oda Olberg (Rom). — Das Kriegsjustizamt. Von Rudolf Kraft: — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im Jahre 1907. Von Otto Gürle (Hall). — Zur katholischen Jugendorganisation. Von A. K. — Literarische Rundschau: F. Bonomi, Le vie piove del socialismo. Von O. L. — F. Lissitzky. Zur Kritik der Böhni-Bauerischen Vertheorie. Von F. Karstädt.

Heftleiter der "Neuen Zeit" Nr. 9: Naturalismus und Neuronant. Von F. Mehrling. — Die Geschichte des Verfalls. Von Hermann Wendel. — Die Entwicklung des Weltalls. Von Anton Bonnefoeck: Medizin und Überfuturismus. Von A. Victorov: Bäuerliche: Clara Müller-Jahnke: Geformte Gedichte. Winterstaat. Nach auf: Otto Ernst: Semper der Jungling. — Karl Ewald: Mein großes Model. — Hellmut v. Gerlach: Das Parlament. — Voce Blätter, Friedrich

Pauslen. Zur Frage der Arbeitersbibliotheken. Aus Thomatis Martin.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alte Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteur zum Preise von A. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummer steht jederzeit zur Verfügung.

Vom "Wahren Jakob" ist die 20. Nummer des 25. Jahrganges erschienen. Sie bringt einen Artikel: Der Nürnberger Arbeiter-Ztg., den eine photographische Wiedergabe des Nürnberger Parteitagsstoffs abgedruckt ist, sowie zwei Bilder: Von Nürnberg und Nach Nürnberg, die den hinter uns liegenden Parteitags jährlich behandeln. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Vom "Südbadische Postillon" Nummer 20. Sie ist reich ausgestattet in Wort und Bild, gezielt auf unsere herliche Politik und moderne Gesellschaft. Postillon's Zoo ... Nr. 6 zitiert Graf von Hohenholz und Bergern. Viele Mittelbilder: Das Luftschiff und König Eduard, von Banslow. — Der Graf und seine Witwe, von M. Ulrich. — Das Schlafzimmer zeigt uns die kräftrige Gestalt eines Afrikäners, der kleine Dornburg keine Gleichberechtigung gewähren will. — Die Nummer kostet 10 Pf. und ist in jeder Buchhandlung und bei jedem Kolporteur zu haben, sowie auch vom Verlag M. Ernst München.

### Briefkästen.

**B. W. 432 919.** Güter trennung ist bei Schließung einer Ehe legal nicht vorgeschrieben, sie kann aber durch Scheidevertrag ausgegeschlossen werden. Die Vermögensaufteilung des eingebrachten Gutes liegt dem Mannen ob, doch ist dieses nicht verbindlich unterworfen; so z. B. umfasst das Vermögensvermögen des Mannes nicht die Belegschaft, die Frau durch Rechtsgeschäfte zu verpflichten oder über eingebrachte Gut ohne ihre Zustimmung zu verfügen. Das zum eingebrachten Gut gehörnde Geld hat der Mann nach den für die Anlegung von Mündelgeld geltenden Vorschriften für die Frau berücksichtigt anzulegen, sowohl es nicht zur Besteuerung von Aussgaben herreicht wären.

**B. W. 188.** Wie können über die einzelnen Werke nicht urteilen. Wende Dich an die Verlagsbuchhandlung von Bonnes & Hachsel in Potsdam; die vertreibt mehrere solcher Werke und wird auch Auskunft erteilen.

**Hof a. d. S.** Die Verfassungsbeschwerde kam zu spät. **Borghorst, B.** Die Verfassungsgesellschaft hat die Kosten zu erlegen. Dazu gehören Fahrgeld, Befreiungskosten und natürlich auch Etat für entgangene Arbeitslohn. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach den tatsächlichen Verhältnissen. Anzumelden am Bureau der Verfassungsgesellschaft.

**Dörenburg, Chr. N.** Solche Erklärungen nehmen wir, zum hundersten Male sei es gelagt, nicht auf. Wenn Du die Erklärung in der Verfassung abgibst, so muß das auch genügen.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zentralstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Totenfälle der Verbände, mit denen uns innerhalb einer Woche und erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10 Pf.)

**Bremenhaven.** Am 16. September starb unser langjähriger Kollege Heinrich Gehrkens im Alter von 59 Jahren an Lungenschwundt.

**Breslau.** Am 25. September starb unser treuer Verbandskollege, Ehrenmitglied und Mitbegründer unseres Zweigvereins Karl Kunze im Alter von 66 Jahren an Lungenschwundt.

**Dortmund.** Am 19. September starb nach langem Leiden unser Kollege H. Launton im Alter von 29 Jahren an der Prostataerkrankheit. — Am 20. September starb unser Kollege W. Maas im Alter von 34 Jahren an Blutvergiftung.

**Heilbronn.** Am 13. September starb unser Mitglied Adolf Löffler im Alter von 31 Jahren, infolge eines Unfallstodes.

**Igelsbach.** Am 28. September starb nach kurzer schwerer Krankheit unser treuer Verbandskollege Johannes Stöß im Alter von 29 Jahren an Brüschellentzündung.

**Kentz.** Am 20. September starb unser Kollege Johann West im Alter von 47 Jahren an Blüdmärslein und Magenkrebs.

**Nienhagen.** Am 14. September starb unser Kollege Albert Jahnke im Alter von 28 Jahren an akuter Geitekrankheit.

**Penig.** Am 25. September ging unser Kollege Arno Eckstein im Alter von 29 Jahren freiwillig in den Tod. Wir verlieren in ihm einen treuen Kämpfer für unsere Sache.

**Riesa.** Am 22. September starb unser Verbandskollege Eduard Richter aus Pausig im Alter von 56 Jahren an Schwindel.

**Schneidemühl.** Am 18. September starb unser Kollege Aug. Finselberger aus Uslar im Alter von 59 Jahren an Lungenerkrankung.

**Ghre ihrem Andenken!**

**Liegnitz.** Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Rudolf Pahner, Goldbergerstr. 15, 2. Et.

**Heidelberg.** Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt Neugasse 5, 1. Et. [60 Pf.]

**Münster i. W.** Die Adresse des Vorsitzenden ist Alb. Peters, vom 1. Oktober d. J. an: Auguststr. 34, 3. Et. [90 Pf.]

**Nauen.** Unter Verfassungslotsal, Chausseestr. 88, heißt jetzt nicht mehr Schlesienhaus, sondern führt den Namen: "Vollgarten in Nauen". [M. 1,20]

**Der Vorstand.**

**Pforzheim.** Das Bureau befindet sich vom 1. Oktober an: Gartenstr. 23, pt. [60 Pf.]

**Zentral-Krankenkasse "Grundstein zur Einigkeit".** Zentralstelle Lübben i. d. N. L.

**Der Kassierer Friedrich Bräde** wohnt jetzt Mühlendamm 2. [M. 1,50] Die Verwaltung.

**Zentral-Krankenkasse "Grundstein zur Einigkeit".** Zentralstelle Zehdenick.

**Der Kassierer Karl Hagen** wohnt von jetzt an: Campstr. 3. [M. 1,50] Die Verwaltung.

**Paul Leverenz.** geboren am 20. Februar 1875 zu Parchim (Werh.-Nr. 145 663), wird aufgefordert, seine Adresse an den Zweigvereinsvorstand in Bremen gelangen zu lassen.

**Hermann Flaum,** 20 Jahre alt, geboren bei Halle, Provinz Sachsen, wird gebeten, seine Adresse an den Oberpolizei-Stabers in Uslitz i. D. Sch. einzufinden. [M. 1,20]

**Zweigverein Kreuzburg.**

**Ernst Althoff,** geboren am 21. Dezember 1872 zu Parchim (Werh.-Nr. 299 094), wird aufgefordert, seine Adresse an den Zweigvereinsvorstand in Bremen gelangen zu lassen.

**Hermann Flaum,** 20 Jahre alt, geboren bei Halle, Provinz Sachsen, wird gebeten, seine Adresse an den Oberpolizei-Stabers in Uslitz i. D. Sch. einzufinden.

**Aschersleben.** Interessenten erbitte unter "Baumschule" postlagernd.

**Sommerfeld.** Ein bauforschliches Werk, "Die Baumgewerbe-Schule", zum Selbststudium des gesuchten Hochs- und Liebfrauenwinkels, mit vielen farbigen Abbildungen und Abbildungen in 16 Bänden. A. 7 ist für 50 Pf. zu verkaufen.

Interessenten erbitte unter "Baumschule" postlagernd.

[M. 2,40]

**Sommerfeld.** Sonnabend, den 10. Oktober 1908.

**Neuntes Stiftungsfest** verbunden mit.

**Husmarsch, Konzert, Theater und Ball.** Antreten der Kollegen 2d Uhr. [M. 3,90]

Die Kollegen von Sommerfeld und Umgegend sind nicht Familienfreundlich eingeladen. Das Komitee.

**Aschersleben.**

Sonnabend, den 10. Oktober 1908, abends 8 Uhr:

**Elftes Stiftungsfest**

im Lokale des Herrn Otto Wilke.

Die Verbandskollegen von Aschersleben und Umgegend sind hiermit eingeladen. [M. 3] Das Komitee.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

**Verbandsversammlungen der Männer.**

Sonntag, den 4. Oktober.

**Berzig.** Nachmittags 4 Uhr. Referent ist anwesend.

Baden, 3 Uhr. T. O.; Abrechnung vom dritten Quartal. Mitgliedsbücher sind einzubringen.

Elmshorn, 1 Uhr. In der Verbandsberge. Mitgliedsbücher sind einzubringen.

Frankenhausen (Kyffh.). Nachm. 3½ Uhr im "Barberschänke".

Neugersdorf, Nachm. 3½ Uhr im Restaurant "Zum Ruhbaum". T. O.

Oranienburg, Nachm. 3½ Uhr im Vereinslokal, "Z. O." Unter Vereinsvertrügungen.

Zehdenick, Nachm. 3 Uhr bei Buchholz. Referent: Kollege Barnstorff.

Zerbst, Nachm. 3½ Uhr im Sozialen Lokal. T. O.: Berichterstattung von Verbandsrat.

**Montag, den 5. Oktober.**

Wittenberg, Abends 6 Uhr bei Otto. Außerordentliche Generalversammlung. Referent.

**Dienstag, den 6. Oktober.**

Sommerfeld, Abends 7 Uhr.

**Mittwoch, den 7. Oktober.**

Bad Oeynhausen, abends 7 Uhr. Tagesordnung sehr wichtig. Referent.

**Freitag, den 8. Oktober.**

Glogau, Abends 6½ Uhr. Referent anwesend.

**Freitag, den 9. Oktober.**

Liegnitz, Abends 6½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Dorotz-Mannheim.

**Sonntag, den 11. Oktober.**

Annaburg, Nachm. 3 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent ist anwesend.

Bamberg, 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Kemberg, Nachm. 3 Uhr.

Woldenberg, Nachm. 3½ Uhr. Wichtige Tagesordnung, Mitgliedsbücher.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.